

PANORAMA

*Schwerpunkt: Europäische Regionalpolitik
und Stadtentwicklung*

HERBST 2019 / Nr. 70

Intelligente Schachzüge kurbeln dänische Wirtschaft an

REGIOSTARS:
AUSZEICHNUNGEN
FÜR HERAUSRAGENDE
PROJEKTE



BEWERTUNG DER
KÖHÄSIONSPOLITIK
NACH REGIONEN



PANORAMA

INHALTSVERZEICHNIS

EDITORIAL: JOHANNES HAHN, VORLÄUFIGER KOMMISSAR FÜR REGIONALPOLITIK SKIZZIERT DIE VON DER NEUEN KOMMISSION VERSPROCHENE ZUKUNFT	3
INDEX FÜR REGIONALE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT: DIE VIERTE AUSGABE PRÄSENTIERT WESENTLICHE ERKENNTNISSE ZUM WIRTSCHAFTSWACHSTUM DER EU	4
EUROBAROMETER: NEUESTE ZAHLEN VERRATEN BEWUSSTSEIN UND WERTSCHÄTZUNG DER EU-REGIONALPOLITIK DURCH DIE BEVÖLKERUNG	9
REGIOSTARS: PROFILE DER FINALISTEN UND GEWINNER DER AUSZEICHNUNGEN 2019 FÜR INNOVATIVE PROJEKTE IN DER EU	12
REGIONALE ENTWICKLUNG UND KOHÄSIONSPOLITIK NACH 2020: NEUES ZU DEN VERHANDLUNGEN ÜBER DEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN	18
FINANZINSTRUMENTE: EINGESTELLT, EINE WICHTIGERE ROLLE IM KOMMENDEN FINANZIERUNGSZEITRAUM ZU SPIELEN	20
DÄNEMARK: EIN GENAUERER BLICK AUF DÄNEMARK, DIE ERFOLGREICHEN PROJEKTE UND REFORMEN DER UNTERNEHMENSFÖRDERUNGSSYSTEME DES LANDES	22
STÄRKUNG DER INTELLIGENTEN SPEZIALISIERUNG IN PORTUGAL: PORTUGAL BEWERTET SEINE STRATEGIE UND GEHT AUF UNTERNEHMER ZU	30
DIE ZUKUNFT DES URBANEN EUROPAS: ANA LISA BONI SPRICHT ÜBER DIE ERKLÄRUNG VON BUKAREST UND DIE KÜNFTIGE STÄDTEAGENDA	32
YOUTH4REGIONS: ZWEI JUNGE JOURNALISTINNEN BERICHTEN ÜBER PROJEKTE, DIE STÄDTISCHE LANDWIRTSCHAFT UND SOZIALE INTEGRATION DURCH MUSIK UNTERSTÜTZEN	34
DATENPUNKT: DIE NEUESTEN ZAHLEN ZU DEN LEISTUNGEN DER INVESTITIONEN AUS DER KOHÄSIONSPOLITIK	38
IN UNSERE GEMEINSAME ZUKUNFT INVESTIEREN: EIN BERICHT VON DER 8. KONFERENZ ÜBER DIE BEWERTUNG DER KOHÄSIONSPOLITIK	40
EU-SOLIDARITÄTSFONDS 2002-2017: WIE DER SOLIDARITÄTSFONDS REGIONEN HALF, SICH VON HOCHWASSER, BRÄNDEN UND NATURKATASTROPHEN ZU ERHOLEN	42
ROADTRIP-PROJEKT 2: IN DER ZWEITEN AUSGABE DURCHQUEREN ACHT JUNGE MENSCHEN AUF IHRER ENTDECKUNGSREISE DEN KONTINENT	44
MIT EIGENEN WORTEN: ESF-MITTEL UNTERSTÜTZEN PROJEKTE IM BEREICH „SOZIALE INNOVATION“ IN NIEDERSACHSEN	46
NACHRICHTEN IN KÜRZE	47
PROJEKTE: PROFILE ERFOLGREICHER PROJEKTE AUS SPANIEN, ITALIEN UND MITTELEUROPA	48



15



30



32



34



44



50

EDITORIAL

Ich freue mich, die Leser von *Panorama* in dieser neuen Ausgabe des Magazins begrüßen zu dürfen, nachdem Präsident Juncker mich dazu auserkoren hat, mich bis zum Ende des Mandats dieser Kommission am 31. Oktober 2019 um das Ressort Regionalpolitik zu kümmern.

Die Vorbereitungen zur Ernennung der neuen Kommission für den Zeitraum 2019-2024 schreiten voran. Nach dem positiven Abstimmungsergebnis des Europäischen Parlaments zu ihrer Kandidatur und ihren politischen Leitlinien arbeitete die designierte Präsidentin Ursula von der Leyen an der Zusammenstellung ihres Teams und gab am 10. September die vorläufige Verteilung der Ressorts bekannt.

Die Regionalpolitik soll eine wesentliche Rolle im Streben der Europäischen Kommission nach einem grüneren, gerechteren und stärkeren Europa spielen. Im Rahmen des „**Europäischen Grünen Deals**“ wird die Regionalpolitik weiterhin den regionalen Wandel und den Übergang zu einer grünen Wirtschaft und zu technologischen Veränderungen unterstützen. Mehr als drei Viertel des Haushalts für die Regionalpolitik sind bereits für Investitionen in diesen Wandel zweckgebunden, besonders für Innovationen und den Übergang in eine klimaneutrale Wirtschaft – der neue „Fonds für einen gerechten Übergang“ wird diesen Schwerpunkt weiter stärken.

Die Regionalpolitik wird dann ein wesentlicher Impulsgeber für „**eine Wirtschaft, die dem Menschen dient**“ sein, in der weiterhin das Motto gilt, dass „Keine Region, kein Mensch zurückbleibt“. Neben erheblichen Investitionen in die Realwirtschaft (die sich gegenwärtig für 2014-2020 auf fast 50 Mrd. EUR belaufen) setzt die Regionalpolitik weiterhin auf ihre Instrumente für besondere Gebiete wie benachteiligte

städtische Gebiete, Grenzregionen oder Gebiete in äußerster Randlage – wie auch den Solidaritätsfonds der Europäischen Union. Ziel ist, sicherzustellen, dass europäische Bürgerinnen und Bürger vergleichbare Chancen genießen, egal wo sie herkommen, leben oder arbeiten.



Die Regionalpolitik wird auch von entscheidender Bedeutung für die Erreichung des Ziels „**Europa fit für das digitale Zeitalter**“ sein, wobei die Hälfte der Investitionen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für den Zeitraum 2021-2027 für „Ein intelligenteres Europa“ einschließlich Digitalisierung im Rahmen hunderter ausgereifter Strategien für intelligente Spezialisierung vorgesehen sind.

Ich bin abschließend sehr froh, dass die Regionalpolitik die Kommission außerdem erheblich in ihrem Ziel unterstützen wird, „**Menschen zusammenzubringen**“ und „**es nationalen, regionalen und lokalen Akteuren zu überlassen, Unterstützung zu leisten, wo sie benötigt wird**“, indem wir sie aktiv darin unterstützen, zu unseren Prioritäten für Europa beizutragen. ■

Johannes Hahn
EU-Kommissar für Regionalpolitik

Index für regionale Wettbewerbsfähigkeit 2019: Darstellung der Trends

Kürzlich wurde der vierte Index für regionale Wettbewerbsfähigkeit, der das Niveau der Wettbewerbsfähigkeit in EU-Regionen überwacht, veröffentlicht.

Der Index für regionale Wettbewerbsfähigkeit hat in den vergangenen zehn Jahren die wichtigsten Faktoren für Wettbewerbsfähigkeit in 268 NUTS-2-Regionen in der Europäischen Union aufgezeichnet. Der Index setzt sich aus elf unterschiedlichen Komponenten zusammen und erfasst Ansätze, die für nachhaltige Entwicklung, Produktivität und Wohlbefinden relevant sind. Dieser einzigartige Index bietet Einblicke zu Ländern, die nationale Indizes zur Wettbewerbsfähigkeit nicht bieten können.

Die neueste Ausgabe des Index wurde am 7. Oktober 2019 auf der Europäischen Woche der Regionen und Städte in Brüssel, Belgien vorgestellt und untermauert ein polyzentrisches Muster mit großen Unterschieden, die sowohl Länder als auch

Regionen innerhalb eines Landes kennzeichnen. Zehn Jahre nach der weltweiten Finanzkrise bleibt die Kluft zwischen dem Nordwesten und dem Südosten in der EU deutlich erkennbar.

Hauptstadtregionen haben tendenziell die höchste Wettbewerbsfähigkeit in ihren Ländern. Ausnahmen bilden Deutschland, Italien und die Niederlande. Spitzenreiter in dieser Ausgabe des Index ist die Region Stockholm, gefolgt von London mit seinem weitreichenden Pendlergebiet und Utrecht. Diese beiden Städte teilen sich den zweiten Platz.

Wie in den vorherigen Ausgaben des Index finden sich in den führenden Regionen entweder die Hauptstädte oder große Metropolregionen, deren Ballungsraum und Symbiose aus wirtschaftlichen Aktivitäten und Humankapital sie zu Motoren für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit machen.

Aktuelle Beobachtungen

Die mittlerweile vier verfügbaren Zeitpunkte, die durch die vier Ausgaben des Index gekennzeichnet sind, ermöglichen die Beobachtung von Trends und Entwicklungen der regionalen Wettbewerbsfähigkeit, seit der Index im Jahr 2010 erstmals veröffentlicht wurde. Allgemein sind schnelle und weitreichende Veränderungen zwischen den vier Ausgaben des Index nicht zu erwarten.

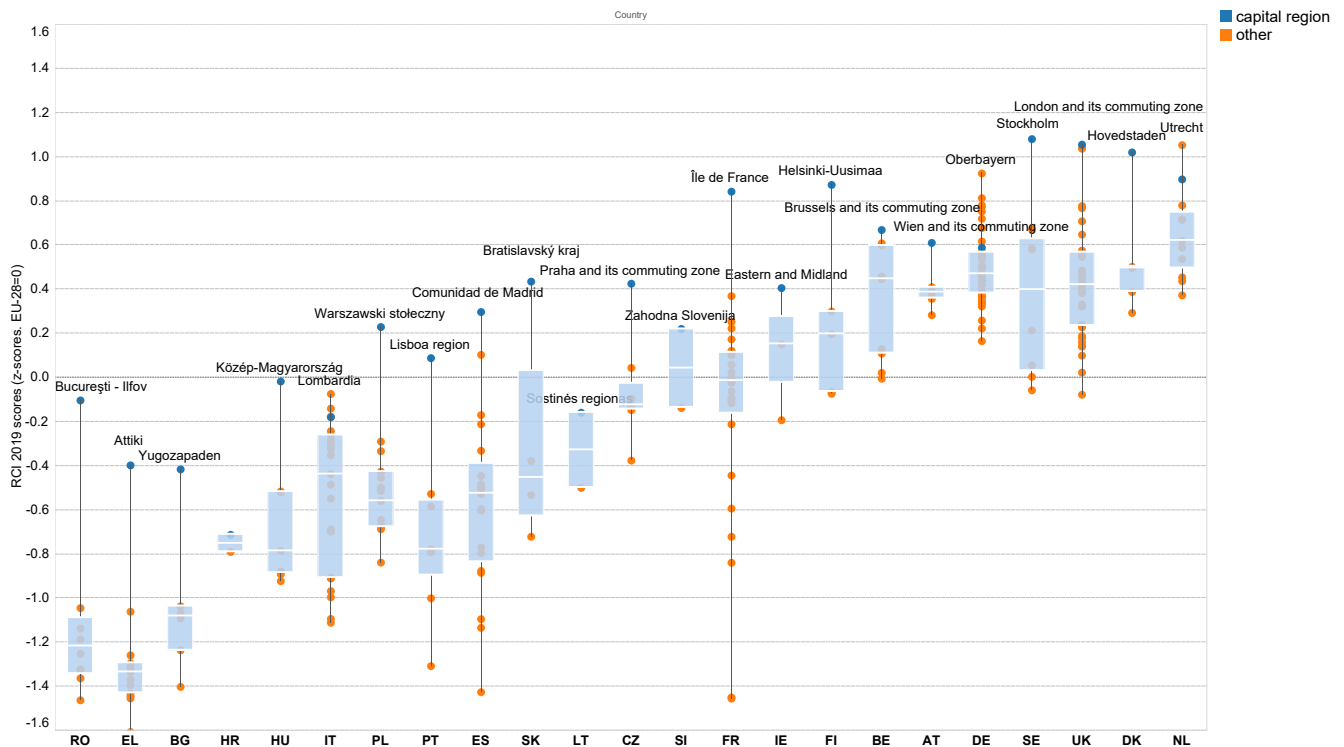
In allen Ländern neigen die regionalen Leistungen dazu, über einen längeren Zeitraum recht stabil zu sein, wobei in einigen Fällen eine gewisse Annäherung zwischen der Spitzenregion, in der Regel der Hauptstadtregion, und anderen Regionen im Land zu beobachten ist. In Schweden schließen die drei nächstplatzierten Regionen des Landes zum Beispiel allmählich zu Stockholm auf, das einen stabilen Spitzenwert aufweist. Im

» In den führenden Regionen finden sich entweder die Hauptstädte oder große Metropolregionen, deren Ballungsraum und Symbiose aus wirtschaftlichen Aktivitäten und Humankapital sie zu Motoren für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit machen. «

Gegensatz dazu klafft die Lücke zwischen der Region Bukarest und dem restlichen Rumänien über die letzten zehn Jahre weiterhin erheblich auseinander, obwohl die drei nächstplatzierten Regionen ihre Wettbewerbsfähigkeit stetig gesteigert haben. Auf der Webseite des Index für regionale Wettbewerbsfähigkeit wurden neue interaktive Online-Instrumente hinzugefügt, mit denen das Niveau der Wettbewerbsfähigkeit in verschiedenen Regionen über Zeit und Raum hinweg verglichen werden kann.

Seit der ersten Veröffentlichung haben immer mehr EU-Regionen den Index und seine Komponenten für den Vergleich mit anderen Regionen in der EU oder mit dem EU-Durchschnitt genutzt. Der Index hat sich ebenso für den Vergleich einer Region mit anderen Regionen auf einem ähnlichen Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung als nützlich erwiesen. Eine weni-

Verteilung der Bewertungen des Index für regionale Wettbewerbsfähigkeit 2019 innerhalb der Länder.



Nur Länder mit mehr als einer Region werden in der obigen Abbildung gezeigt.

Der Name der stärksten Region im Land wird angegeben. Die schattierten Felder enthalten 50% der Regionen innerhalb jedes Landes

Es bestehen deutliche Unterschiede zwischen den Ländern sowie den Regionen im selben Land. Hauptstadtregionen haben häufig die höchste Wettbewerbsfähigkeit. Ausnahmen bilden Deutschland, Italien und die Niederlande. In den Niederlanden ist weiterhin Utrecht die leistungsstärkste Region, vor Amsterdam. In Italien ist die Lombardei nach wie vor die leistungsstärkste Region, in Deutschland ist es noch immer Oberbayern (Region München). In Belgien, Spanien und Italien ist das Niveau der regionalen Wettbewerbsfähigkeit sehr unterschiedlich, jedoch fast gleichmäßig über alle Regionen in den Ländern verteilt, wie die schattierten Felder zeigen, die 50% der Regionen in jedem Land eingrenzen.

ger entwickelte Region kann zum Beispiel eine schwächere Gesamtbewertung haben, andere Regionen mit einem ähnlichen Pro-Kopf-BIP aber dennoch übertreffen. Umgekehrt kann

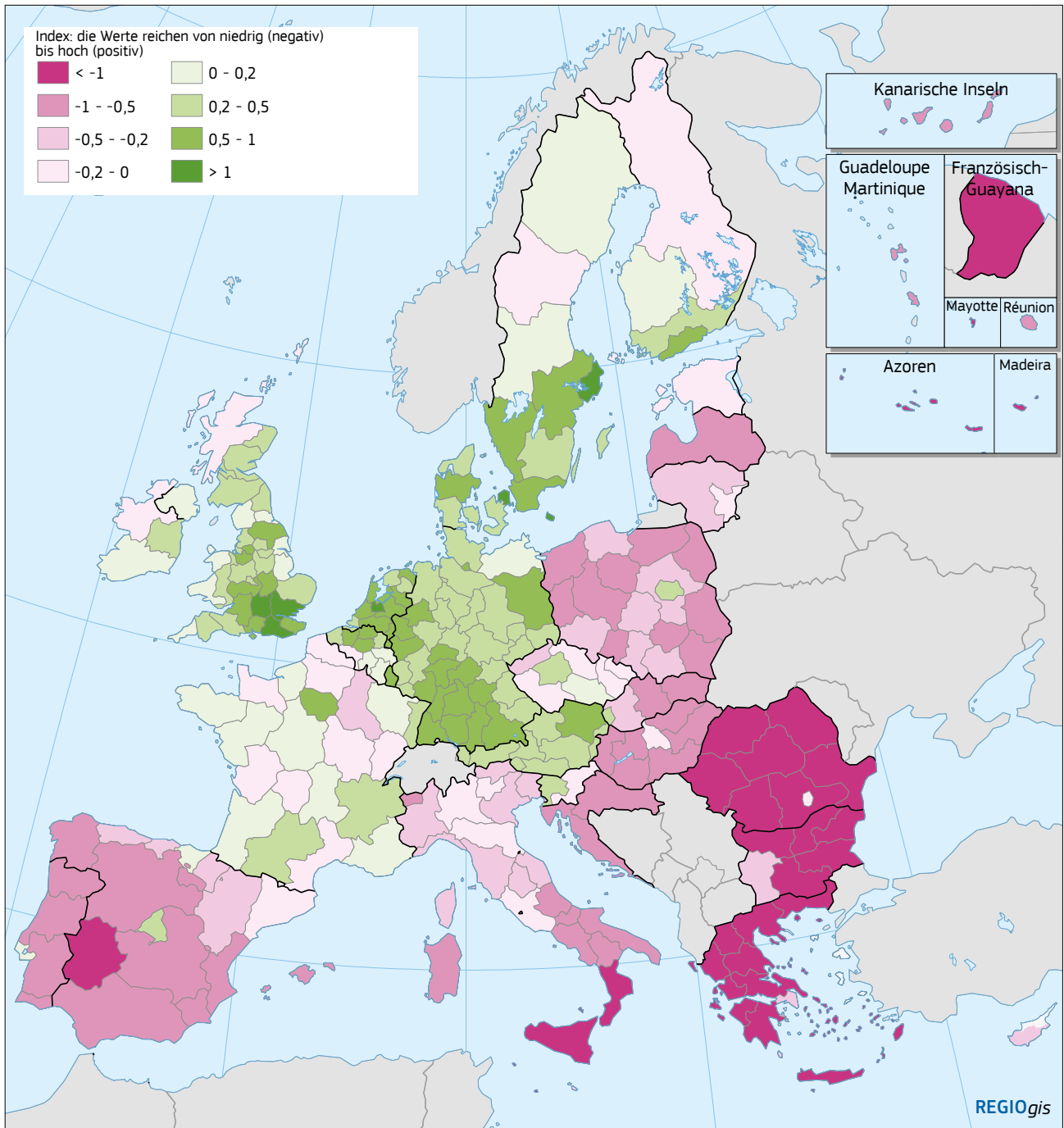
eine hochentwickelte Region eine hohe Bewertung haben, aber dennoch in wesentlichen Aspekten hinter vergleichbaren Regionen zurückbleiben.



Index für regionale Wettbewerbsfähigkeit – RCI 2019

Zehn Jahre nach der weltweiten Finanzkrise bleibt die Kluft zwischen dem Nordwesten und dem Südosten in der EU deutlich erkennbar. Die Ergebnisse der Ausgabe 2019 des Index für regionale Wettbewerbsfähigkeit untermauern ein polyzen-

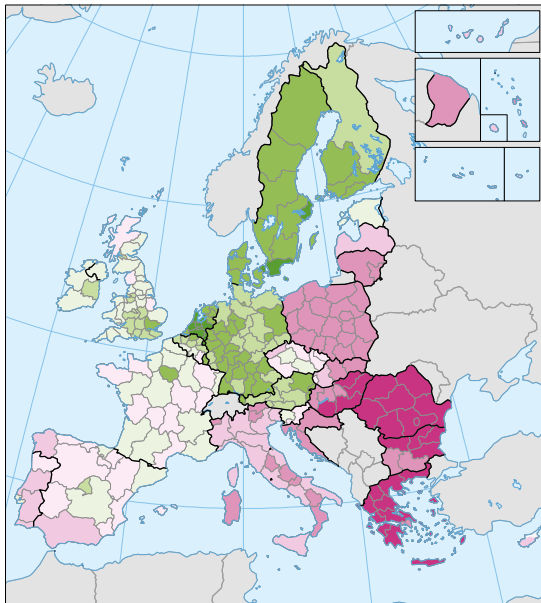
trisches Muster, in dem Hauptstadt- und Metropolregionen in vielen EU-Ländern besonders starke Leistungen erbringen. Die räumliche Verteilung des Wettbewerbsniveaus entspricht den vorherigen Ausgaben des Index.



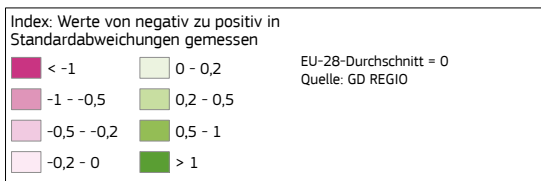
EU-28 = 0
Quelle: GD REGIO

© EuroGeographics Verband für Verwaltungsgrenzen

Index für regionale Wettbewerbsfähigkeit 2019 – Gruppenwerte



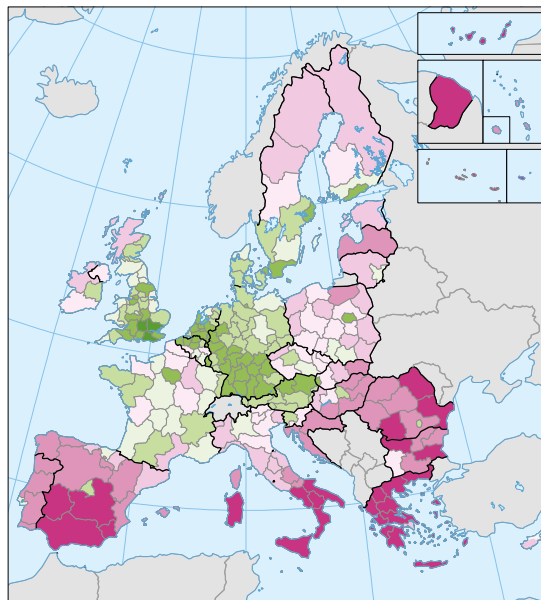
Basissäulen kombiniert



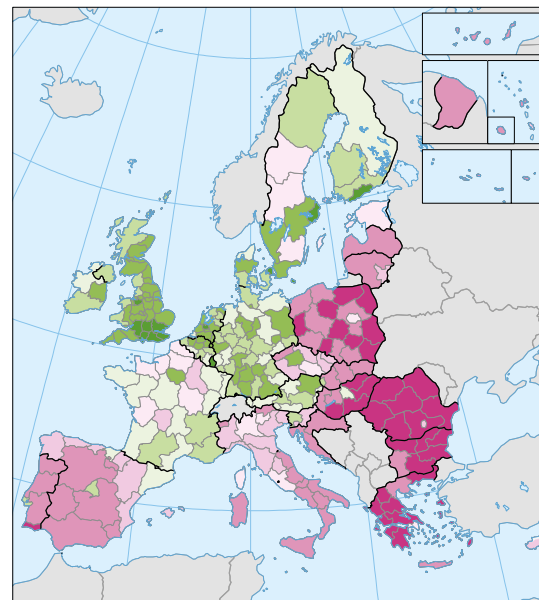
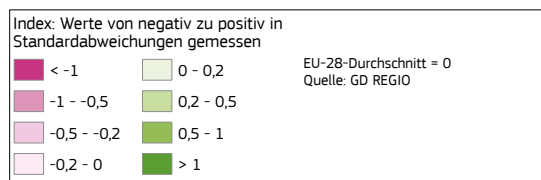
Der Index für regionale Wettbewerbsfähigkeit setzt sich aus elf Säulen zusammen, die verschiedene Aspekte der Wettbewerbsfähigkeit beschreiben und in drei Gruppen eingestuft werden:

- Die Basisgruppe umfasst fünf Säulen: Institutionen; makroökonomische Stabilität; Infrastrukturen; Gesundheit; Grundbildung.
- Die Effizienzgruppe beinhaltet: Hochschulbildung; Ausbildung und lebenslanges Lernen; Arbeitseffizienz; Marktgröße.
- Die Innovationsgruppe beinhaltet: Technologische Reife; Unternehmensentwicklung; Innovation.

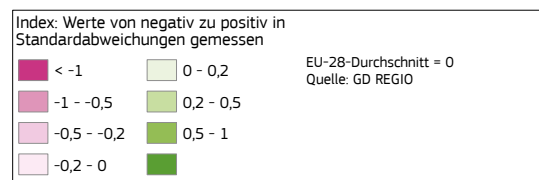
Die drei Karten zeigen die räumliche Verteilung der Teilindizes Basis, Effizienz und Innovation. Im Einklang mit den vorangegangenen Ausgaben weist die Basisgruppe die geringste Variabilität innerhalb der Länder auf, während die Effizienz- und in noch höherem Maße die Innovationsgruppe stärker variieren. Es gibt zwei Gründe für die in der Relation höhere Homogenität der Basisgruppe: Erstens werden zwei der fünf Säulen der Basisgruppe nur auf nationaler Ebene gemessen. Zweitens beinhaltet die Gruppe grundlegende Voraussetzungen für Wettbewerbsfähigkeit wie Infrastruktur, Gesundheit und Grundbildung, ein gewisses Maß an Homogenität in der EU ist daher zu erwarten. Die höhere Variabilität in der Innovationsgruppe deutet hingegen auf erhebliche Unterschiede in der Innovationsfähigkeit der regionalen Wirtschaftssysteme zwischen den einzelnen Ländern wie auch in den Ländern selbst hin.



Effizienzsäulen kombiniert

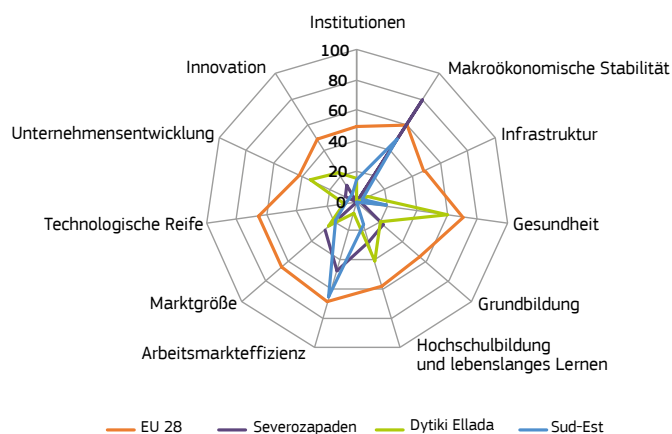
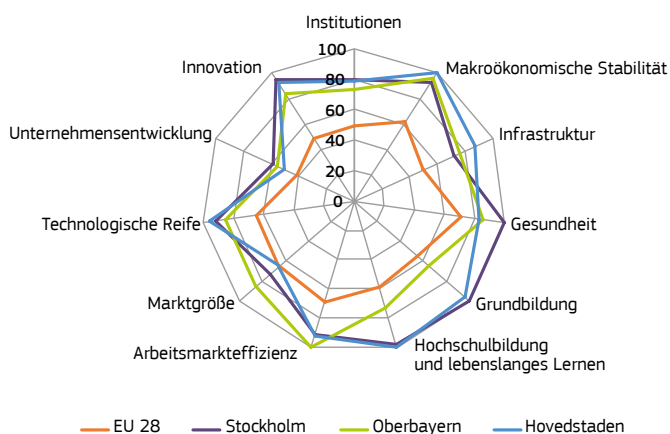


Innovationssäulen kombiniert



Ein noch tieferer Einblick kann durch die Betrachtung der Leistungsfähigkeit einer Region anhand der elf Säulen des Index gewonnen werden. Die nachstehende Abbildung vergleicht drei der zehn führenden Regionen: Stockholm (SE), Oberbayern (DE) und Hovedstaden (DK) (linkes Netzdiagramm), jeweils mit einem Pro-Kopf-BIP-Index über 160 (EU-28=100) und drei der zurückliegenden zehn Regionen: Severozapaden (BG),

Dytiki Ellada (EL) und Sud-Est (RO) (rechtes Netzdiagramm) mit einem Pro-Kopf-BIP, das nicht mehr als 50 % des EU-Durchschnitts erreicht. Es ist zunächst erwähnenswert, die regelmäßige, fast sphärische Form des Netzdiagramms der führenden Regionen im Gegensatz zu dem sehr unregelmäßigen Muster des Diagramms mit den schwächeren Regionen zu vergleichen.



ANNA KARENINAS REZEP T FÜR WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Die jüngsten Analysen der wesentlichen Faktoren für regionales Wirtschaftswachstum belegen, dass gleichzeitige Verbesserungen in mehreren Bereichen, eher als Exzellenz in nur einem oder wenigen Bereichen, ein gutes Rezept für wirtschaftlichen Erfolg darstellen. Dies erinnert uns an das sogenannte Anna-Karenina-Prinzip: „Alle glücklichen Familien gleichen einander, jede unglückliche Familie ist auf ihre eigene Weise unglücklich.“ (Anna Karenina von L. N. Tolstoi). Mit anderen Worten führt ein Defizit bei einem Faktor zu einer umfassenderen Schwäche.

Hinweis zu Vergleichen

Auf der Webseite des Index wurden mittlerweile verbesserte Leistungsbilanzen veröffentlicht, die einen Vergleich gleichrangiger Regionen miteinander erleichtern. Diese Leistungsbilanzen sind Informationsblätter, jeweils eines pro Region, die Bewertungen und Platzierungen der Regionen im Index für regionale Wettbewerbsfähigkeit und in all seinen Komponenten darstellen. Darüber hinaus wird die Leistungsfähigkeit einer Region mit einer Gruppe gleichrangiger Regionen verglichen. Als solche gelten die 15 Regionen, die der analysierten Region im Pro-Kopf-BIP am nächsten stehen.

Diese Leistungsbilanzen sowie interaktive Karten und Netzdiagramme, Zeitvergleichsanalysen, methodologische Dokumente und Datentabellen sind auf der Webseite des Index verfügbar.

Der Index baut auf dem Ansatz des jährlich vom Weltwirtschaftsforum erstellten globalen Wettbewerbsindex auf und

passt diesen an die regionale Ebene in der EU an. Er nutzt elf Dimensionen der Wettbewerbsfähigkeit, die in der Ausgabe 2019 durch 74 regionale Indikatoren gemessen werden, die größtenteils für den Zeitraum 2015-2017, einige auch für 2018 vorlagen. Sie umfassen eine Vielzahl an Faktoren in den Bereichen Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltige Entwicklung, darunter Innovation, Regierungsführung, Verkehrs- und digitale Infrastruktur, Gesundheit und Humankapital.

Der Index berücksichtigt außerdem die wirtschaftliche Entwicklung einer Region, wobei den grundlegenden Wettbewerbsfaktoren in weniger entwickelten Regionen sowie Innovationsfaktoren in stärker entwickelten Regionen eine höhere Gewichtung zukommt. ■

MEHR DAZU
<https://europa.eu/!VJ69cd>



Bürgerinnen und Bürger sagen ihre Meinung zur EU-Regionalpolitik

Als Teil einer Reihe von Studien zur Untersuchung des Bewusstseins und der Haltung der Europäerinnen und Europäer zur EU-Regionalpolitik hat die GD REGIO im Juni dieses Jahres in einem Zeitraum von zehn Tagen mehr als 27 000 EU-Bürgerinnen und -Bürger per Telefon befragt.

Der daraus hervorgehende Bericht beruht auf vier vorherigen Umfragen: Flash Eurobarometer 452 (FL452) von Juni 2017; Flash Eurobarometer 423 (FL423) von Juni 2015; FL298-Studie von Juni 2010¹; und FL384²-Studie von September 2013.

Die Untersuchung beginnt mit der Frage, ob die Befragten etwas über ein von der EU kofinanziertes Projekt in ihrer Region gehört haben und wenn ja, ob sie glauben, dass solche Projekte positive oder negative Auswirkungen hatten. Die Befragten wurden dann zu ihrer Kenntnis der beiden regionalen Fonds der EU gefragt und ob sie persönlich von einem EU-finanzierten Projekt profitiert haben. Die Studie gibt außerdem Einzelheiten zu den Quellen bekannt, die die Befragten für Informationen zur Regionalpolitik verwendet haben.

Weiterhin untersucht sie die Prioritäten der EU-Regionalpolitik aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger, befragt die Teilnehmer nach den geografischen Regionen und Gebieten, in denen EU-Investitionen nötig wären und wer für Entscheidungen über regionale Investitionen verantwortlich sein sollte.

Zum Schluss steht die Untersuchung des öffentlichen Bewusstseins für grenzüberschreitende Zusammenarbeit, auch über die vier makroregionalen Strategien der EU im Ostseeraum, im Donaauraum, der Region Adria-Ionisches Meer und dem Alpenraum sowie Interreg und die Gebiete in äußerster Randlage.

Gemäß der für Flash-Eurobarometer-Umfragen eingesetzten Methode wurden zwischen dem 3. und 13. Juni 2019 27 144 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der EU aus unterschiedlichen gesellschaftlichen und demographischen Gruppen per Telefon (Mobil und Festnetz) im Namen der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung in ihrer Muttersprache befragt.

Die wichtigsten Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage 2019 zur Regionalpolitik sind in den beiden nachstehenden Infografiken zusammengefasst.

MEHR DAZU

<https://europa.eu/!tr88kq>

¹ http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_298_en.pdf

² http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_384_en.pdf

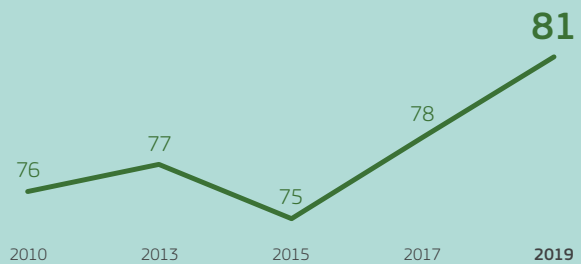
Europa, mehr und besser miteinander aufbauen

Europäische Regionalpolitik

ANTEIL DER BEFRAGTEN, DIE EU-PROJEKTE KENNEN UND POSITIVE AUSWIRKUNGEN ERKANNT HABEN

Bewusstsein

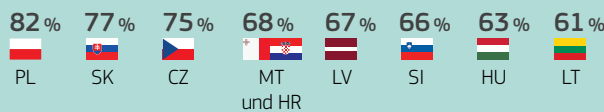
Europäerinnen und Europäer glauben, dass **EU-Projekte positive Auswirkungen auf ihr Leben haben**



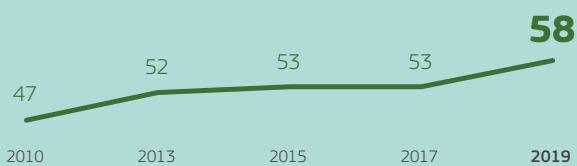
Immer mehr Menschen **kennen EU-Projekte in ihrer eigenen Region...**



... Das Bewusstsein für EU-finanzierte Projekte liegt in neun Mitgliedstaaten bei **über 60%** in



Investitionen



Drei von fünf Europäerinnen und Europäern stimmen zu, dass **EU-Mittel in ALLEN Regionen verfügbar sein sollten**



Die meisten Befragten glauben, die EU **sollte Priorität einräumen** für Regionen ...



... mit **hoher Arbeitslosenquote**

69%



... mit **benachteiligten städtischen Gebieten**

54%



... **abgelegenen ländlichen oder bergigen Gebieten**

52%

Die Bürgerinnen und Bürger wünschen sich, dass die EU **in folgenden Bereichen investiert...**

... Bildung, Gesundheit oder soziale Infrastruktur

91%



... die Umwelt

90%



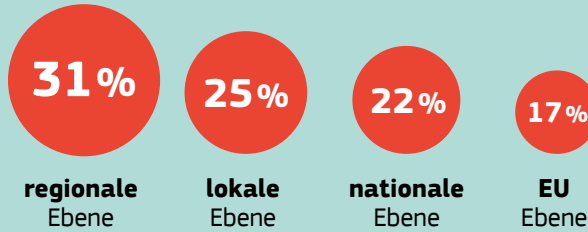
Dies entspricht den Finanzierungsprioritäten für den Zeitraum 2021-2027:

Governance

Wichtige Entscheidungen über regionale Mittel der EU werden bürgernah getroffen

Die Europäerinnen und Europäer unterstützen diese dezentralisierte Governance

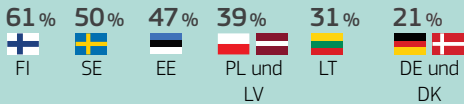
ENTSCHEIDUNGEN ÜBER DIE EU-REGIONALPOLITIK SOLLTEN IN ERSTER LINIE AUF FOLGENDER EBENE GETROFFEN WERDEN ...



Regionale Zusammenarbeit

Bewusstsein in den Mitgliedstaaten, die in den einzelnen Makroregionen involviert sind

Zusammenarbeit im Ostseeraum



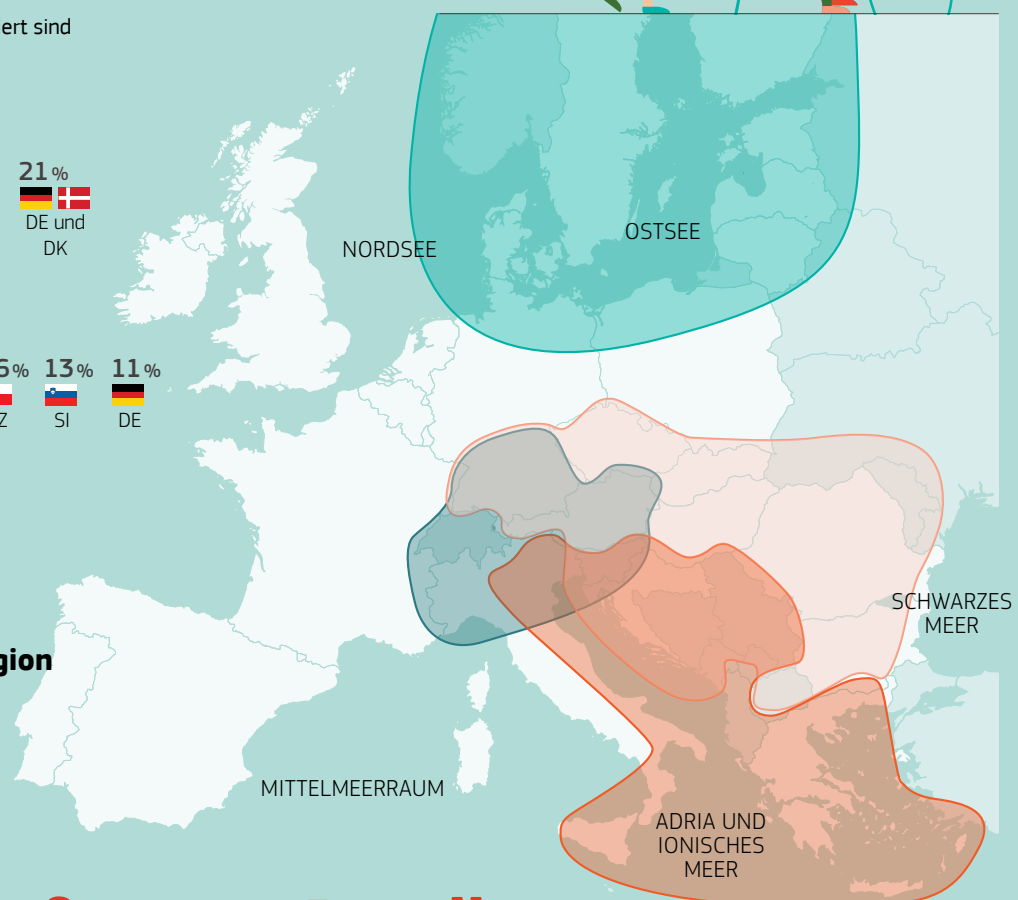
Zusammenarbeit im Donaauraum



Zusammenarbeit im Alpenraum



Zusammenarbeit in der Region Adria-Ionisches Meer



Gebiete in äußerster Randlage

Die Europäische Union außerhalb Europas: die bekanntesten Gebiete in äußerster Randlage

Bewusstseinsniveau



Kanarische Inseln
10%



Martinique
6%



Französisch-Guayana
5%

Guadeloupe 5%

Réunion 5%

Madeira 4%

Azoren 4%

Mayotte 1%

Saint-Martin 1%



REGIOSTARS

2 0 1 9

Die **24 Finalisten des diesjährigen REGIOSTARS-Preises** wurden von einem Gremium unabhängiger Juroren ausgewählt, deren Aufgabe es war, die herausragendsten Projekte in Europa zu ermitteln. Die Gewinner der fünf Projektkategorien sowie der Gewinner des Publikumspreises erhielten ihre Auszeichnungen während der Europäischen Woche der Regionen und Städte 2019, die vom 7. bis 10. Oktober in der belgischen Hauptstadt Brüssel stattfand.

Die ausgezeichneten Kategorien für 2019 sind:

- ★ FÖRDERUNG DER DIGITALEN TRANSFORMATION
- ★ VERBINDUNG DES GRÜNEN, BLAUEN UND GRAUEN
- ★ BEKÄMPFUNG VON UNGLEICHHEITEN UND ARMUT
- ★ BAU VON KLIMARESISTENTEN STÄDTEN
- ★ MODERNISIERUNG VON GESUNDHEITSDIENSTEN

FÖRDERUNG DER DIGITALEN TRANSFORMATION



Energiewaben GR – Saarbrücken, Deutschland (INTERREG V-A Belgien – Frankreich – Deutschland – Luxemburg)

Ziel des Projekts ist, große Anteile an erneuerbarer Energie in die Stromversorgungssysteme der Großregion zu integrieren. Bei jeder der vier Energiezellen handelt es sich um ein virtuelles Kraftwerk, das die Erzeugung und den Verbrauch von Strom durch den Einsatz von Speicherkapazitäten in der Zelle oder durch den Austausch überschüssigen Stroms mit anderen vernetzten Zellen über intelligente Netze auf der Ebene der Verteilernetze ausgleicht.

<http://www.izes.de/>

Digitale Bibliothek Librarium – Extremadura, Spanien (EFRE)

Die digitale Bibliothek Librarium wurde allen durch das Bildungsministerium der regionalen Regierung der Autonomen Region Extremadura staatlich geförderten höheren Schulen kostenlos zur Verfügung gestellt. Zweck der digitalen Ausleihe und des virtuellen Lesezirkels ist die Förderung der Lese-, Medien- und Informationskompetenz. Diese wird durch die Verteilung von E-Readern, Tablets und Computern in allen Schulen ergänzt.

<http://librarium.educarex.es>



CONNECT innovation bai! – Irun, Spanien (INTERREG V-A Spanien, Frankreich, Andorra)

Das Projekt hilft Unternehmen, sich auf die 4. Industrielle Revolution vorzubereiten – Internet der Dinge, Hyperkonnektivität, Big Data, 3D-Druck, Robotik usw. – und verfolgt das Ziel, Arbeitsplätze und Chancen für Einheimische zu schaffen und damit Innovation, Kreativität und digitale Wirtschaft zu fördern.

<https://www.bidasoa-activa.com/index.php>

Offene Daten in der Region Stockholm – Stadt Stockholm, Schweden (EFRE)

Sechszwanzig Kommunen in der Region arbeiten gemeinsam daran, kommunale Daten öffentlich verfügbar zu machen, besonders um auf den Bedarf von KMU zu reagieren, Innovation und Wachstum anzuregen. Sie entwickeln gemeinsame Verfahren und Instrumente, stellen technische Voraussetzungen sicher und setzen sich mit Unternehmen und anderen Organisationen auseinander, um zu gewährleisten, dass die Ergebnisse auf nationaler Ebene verbreitet werden können, damit alle 290 Kommunen in Schweden davon profitieren.

<https://stockholm.se>



VERBINDUNG DES GRÜNEN, BLAUEN UND GRAUEN

WINNER



CobBauge – Plymouth, Vereinigtes Königreich (INTERREG Frankreich (Ärmelkanal) England)

Es wurde ein neues und innovatives Material für den Einsatz in mehrschaligen Mauerwerken für energieeffiziente, leistungsstarke Wohnhäuser entwickelt, die komfortabel, gesünder fürs Leben und kostengünstig sind. Das Produkt beruht auf einer alten Methode für den Bau von Häusern mit Erde und Fasern, die auf moderne Methoden im Bau übertragen wurde und kulturelles Erbe mit intelligenter moderner Gebäudeplanung verbindet.

<http://www.cobbauge.eu/en/cobbauge-2/>

LOS_DAMA! – München, Deutschland (INTERREG Alpenraum)

Das Projekt nutzte sieben lokale Pilotvorhaben im gesamten Alpenraum und hat einen interregionalen Park im Norden Wiens erschaffen, mit dem das Bewusstsein für die Bedeutung von Grünanlagen erhöht werden soll. Die verbesserte grüne Infrastruktur kann genutzt werden, um Städte auch in anderen Metropolregionen als dem Alpenraum umweltfreundlicher zu gestalten.

https://www.alpine-space.eu/projects/los_dama/en/home



Fernwärme Amiens Energies – Amiens, Frankreich (ERDF)

Die Stadt Amiens hat ein Instrument entwickelt, um den Alltag für seine Bürgerinnen und Bürger zu verbessern und niedrige CO₂-Emissionen zu gewährleisten, mit dem die Energiewende in der Region gemeistert werden soll. Mit Unterstützung einer öffentlich-privaten Partnerschaft mit dem Akronym SEMOP wird das 47 km lange Fernwärmenetz den Gegenwert von 19 000 Wohnhäusern aus fünf erneuerbaren Energiequellen versorgen.

<http://www.amiens-energies.com>

CAPTURE – Flandern, Belgien (EFRE)

Die Initiative CAPTURE zielt darauf ab, Forschende aus unterschiedlichen Fachbereichen mit lokalen, regionalen und nationalen Regierungen und Branchen zusammenzubringen, um die Erde nachhaltiger zu machen, indem kostbare Ressourcen in die Kreislaufwirtschaft aufgenommen und in ihr wiederverwendet werden.

<https://capture-resources.be/>



ECOMARE – Aveiro, Portugal (EFRE)

In der Region Centro in Portugal arbeitet der Hafen Aveiro entlang der Küstenlagune Ria de Aveiro daran, die biologischen Meeresressourcen zu schützen und blaue Biotechnologie und nachhaltige Aquakultur zu fördern. Seevögel, Meeresschildkröten, Seehunde und Delfine werden gerettet und wieder ausgewildert, während die blaue Wirtschaft neue vom Meer inspirierte Dienstleistungen und Produkte vorstellt.

<http://www.ua.pt/>



BEKÄMPFUNG VON UNGLEICHHEITEN UND ARMUT



Good support – Koszalin, Polen (ESF)

Das Projekt „Good Support“ stellt eine innovative Partnerschaft dar, mit der die Verfügbarkeit von Sozialdiensten in der Woiwodschaft Westpommern in Polen verbessert werden soll. Das autonome System, das auf einer Internetanwendung basiert, die auf Computern verfügbar ist und in eine App für Mobiltelefone integriert wurde, verbindet lokale Nutzer wie die kommunalen Pflegedienste oder Unternehmen, Erziehungsberechtigte, Behörden und Familien, ohne dass ein teures Telezentrum benötigt wird.

<http://www.ndsfund.org>

EUMINT – Bozen, Italien (INTERREG Italien-Österreich)

EUMINT stärkt die institutionelle grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Italien und Österreich und geht soziale, wirtschaftliche, politische und kulturelle Herausforderungen im Zusammenhang mit der Migration an. Sein Schwerpunkt liegt auf drei wesentlichen Problemen mit der Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen: grenzüberschreitende Zusammenarbeit, gesellschaftliche Integration sowie Integration auf dem Arbeitsmarkt.

www.eurac.edu/eumint



WISE-Projekt – Donegal, Irland (ESF)

Das Projekt „Women's Integrated Skills & Employment“ (WISE) hilft Frauen, wieder auf den Arbeitsmarkt, in das Bildungswesen oder in die Selbstständigkeit zurückzukehren. Berufsberaterinnen und Berufsberater bieten Unterstützung für die Erstellung von Lebenslauf, Anschreiben und die Vorbereitung auf das Bewerbungsgespräch, Stellenvermittlung, Zugang zu Arbeits- und Bildungsangeboten, Beratung für die Selbstständigkeit, Aufbau von Vertrauen und Motivation, Entwicklungschancen und Förderung für kurzzeitige anerkannte Lehrgänge.

<https://www.people-1st.co.uk/programmes/wise-roi>

Jacob@ccess – Jaca, Spanien (INTERREG V-A Spanien, Frankreich, Andorra)

Den Jakobsweg nach Santiago de Compostela, einen der meistfrequentierten Pilgerwege der Welt, bildet ein umfangreiches Straßennetz, das sich über 80 000 km in 28 Ländern erstreckt. Auch wenn der Jakobsweg seit den 1980er Jahren international sehr anerkannt ist, ist es Menschen mit Behinderungen oder Mobilitätsproblemen weiterhin unmöglich, ihn zu nutzen. Jacob@ccess versucht, den Weg nach Santiago für alle zugänglicher zu gestalten.

<http://www.jaca.es>



Verhinderung von Obdachlosigkeit – Lahti, Finnland (ESF)

Schwerpunkt des Projekts ist die Entwicklung städtischer Dienstleistungsstrukturen und die Ausnutzung der Expertise von multilateralen Netzwerken, um die Arbeit von der Wiedergutmachung zur Verhinderung von Obdachlosigkeit neu auszurichten. Die vorbeugenden Strategien gegen Obdachlosigkeit beruhen auf der Erfahrung von Fachleuten und der Einbeziehung der Kunden, damit neue Arbeitsweisen in diesem Bereich aufgenommen werden.

<https://www.ara.fi/en-US>

BAU VON KLIMARESISTENTEN STÄDTEN



Climate Active Neighbourhoods – Frankfurt am Main, Deutschland (INTERREG Nordwesteuropa)

Das Projekt „Climate Active Neighbourhoods“ (CAN) erhöht seit 2016 die Kapazität der Kommunen, ihre Klimastrategien mittels eines Nachbarschaftskonzepts für Energiesanierungen wirksamer durchzuführen. Die Einwohner benachteiligter Gebiete werden darin bestärkt, dank Energieeinsparungen in ihren Haushalten Maßnahmen auf lokaler Ebene zu ergreifen. Dies ist ein wesentlicher Faktor, um die Energiearmut zu reduzieren und CO₂-Emissionen zu verringern.

<https://www.climatealliance.org>



CityWalk – Dornau, Slowenien (INTERREG – Transnationales Programm Donaauraum)

CityWalk konzentriert sich auf die einfachste Form der städtischen Mobilität – das Gehen – und bietet intelligente, innovative Begehrbarkeitskonzepte und -lösungen, um den Bedarf der Bürgerinnen und Bürger zu decken, den Klimawandel zu bekämpfen, die Luftqualität zu erhöhen und die Lärmbelastung zu reduzieren.

<http://www.interreg-danube.eu/approved-projects/citywalk>



RANTA – Helsinki, Finnland (EFRE)

Das Projekt RANTA hat das Kreislaufwirtschaftspaket der EU und den nationalen Abfallplan Finnlands im Bemühen, innovative Methoden für die Wiederverwendung von Baumaterialien in ihrer Abbruch- und Abbauphase zu finden und zu prüfen, zusammengeführt. Die Testfälle konzentrierten sich auf öffentliche Gebäude und wurden gemeinsam mit teilnehmenden Städten und Projektpartnern durchgeführt.

<http://www.gnf.fi>

Living Labs Brussels Retrofit – Brüssel, Belgien (EFRE)

Das Projekt FEDER „Living Lab Brussels Retrofit“ fördert die Sanierung von Wohnraum in Brüssel, Belgien durch Schaffung spezieller Räume für Erprobung und Innovation. Ziel ist die Entwicklung eines Massenmarktes für umweltfreundliche energetische Sanierungen dank der Erarbeitung von Fachwissen und einer verbesserten Zusammenarbeit im Baugewerbe.

<http://wtcb.be>



R-SOL-E – Belišće, Kroatien (INTERREG IPA CBC Kroatien-Serbien)

Drei lokale Behörden in Kroatien und Serbien haben sich zusammengeschlossen, um aufzuzeigen, dass Energieeffizienz mithilfe von erneuerbaren Energien erreichbar ist. Die Projektpartner richteten sechs Solarkraftwerke, 100 solarbetriebene Straßenlaternen und eine Ladestation für Elektrofahrzeuge und Aktionspläne für nachhaltige Energie sowie neue Schulungen ein.

<https://www.belisce.hr>

MODERNISIERUNG VON GESUNDHEITSDIENSTEN



Orsi Academy – Melle, Belgien (EFRE)

Die Akademie ist als Schulungs- und Kompetenzzentrum für neue Technologien der minimalinvasiven Chirurgie und besonders der Roboterchirurgie anerkannt. Dank eines ambitionierten Investitionsvorhabens in Gent, Belgien konnte Orsi ein einzigartiges Ökosystem einrichten, in dem Ärzte, Wissenschaftler, Ingenieure und die Industrie sich zusammengeschlossen haben, um innovative Medizintechnik zu demonstrieren und weiterzuentwickeln, wodurch die Qualität und Sicherheit der modernen Gesundheitsversorgung verbessert wurden.

<http://www.orsi.be>

eMEN – Diemen, Niederlande (INTERREG Nordwesteuropa)

Die gegenwärtige Zunahme psychischer Erkrankungen stellt eine zunehmende gesellschaftliche und wirtschaftliche Belastung dar. E-Mental-Health spielt eine wichtige Rolle, um diese soziale Herausforderung zu bewältigen. Die Integration dieser „revolutionären“ Technologie in die Systeme der psychiatrischen Versorgung erfordert jedoch einen multidisziplinären Ansatz und grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

<https://www.arq.org/en>



Grenzüberschreitendes Projekt für Gemeindesanitäter – Londonderry, Vereinigtes Königreich (INTERREG V-A-Programm)

Gemeindesanitäter sind hoch qualifizierte Rettungskräfte, die eine weitere Fachausbildung erhalten haben, damit sie Patientinnen und Patienten bei sich zu Hause oder in ihrer Gemeinschaft behandeln können, anstatt sie in überfüllte Notaufnahmen im Krankenhaus zu bringen. Das Projekt CAWT führt Pilotvorhaben in vier abgelegenen/ländlichen Grenzregionen in der Republik Irland, Nordirland und Schottland durch.

<http://www.cawt.com>

Oulu Sote Labs – Oulu, Finnland (EFRE)

Im Rahmen dieses Projekts wurde die Test- und Entwicklungsumgebung für die Gesundheitstechnologie und Sozialdienstinnovation OuluHealth Labs geschaffen. Diese „Labore“ bieten Unternehmen Raum, ihre Produkte zu entwickeln und ermöglichen die Umsetzung der durch Fachkräfte im Gesundheits- und Sozialwesen entwickelten Ideen in die Praxis.

<http://ppshp.fi>



EFFIC'ASTHME – Paris, Frankreich (EFRE)

Ziele dieses Projekts sind eine bessere Schulung der Eltern von 5,5 Millionen Kindern, die in Europa unter Asthma leiden und die damit verbundene Verringerung schlimmer Anfälle und Krankenhausaufenthalte. Die App von Effic'Asthme nutzt verschiedene Szenarien bei Asthmaanfällen, um Eltern von Vorschulkindern zu helfen, die Symptome zu erkennen und sich um geeignete Gesundheitsversorgung zu kümmern.

<http://ilumens.fr/>

Regionale Entwicklung und Kohäsionspolitik nach 2020

Am 29. Mai 2018 legte die Europäische Kommission die Vorschläge für das Gesetzgebungspaket für den Programmplanungszeitraum 2021-2027 vor, das die Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen, die Interreg-Verordnung, die Verordnung über einen Europäischen grenzüberschreitenden Mechanismus und die fondsspezifischen Verordnungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und den Kohäsionsfonds sowie den Europäischen Sozialfonds plus (ESF+) beinhaltet.

Die Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen stellt ein gemeinsames einheitliches Regelwerk für sieben Fonds dar, die gemeinsam verwaltet werden – EFRE, Kohäsionsfonds, ESF+, Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF), Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF), Fonds für innere Sicherheit (FIS) und das Instrument Grenzen und Visa (BMVI). Ein einheitliches Regelwerk wird Programmleitern und Begünstigten das Leben leichter machen und Synergien zwischen diesen Fonds wie auch anderen EU-Haushaltsinstrumenten fördern.

Die Vorschläge für die Kohäsionspolitik nach 2020 sollen die Politik vereinfachen, modernisieren und flexibler machen und zugleich eindeutige Bedingungen für ihre Umsetzung beibehalten und operativer ausgerichtete Verknüpfungen zum Europäischen Semester gewährleisten. Dies spiegelt sich im Schwerpunkt der Prioritäten wider, die dabei helfen, Europas Wettbewerbsfähigkeit aufrechtzuerhalten und sich an die Globalisierung und den technologischen Wandel anzupassen, während auf Programmebene mehr Flexibilität Einzug erhält.

Die Gesetzgebungsvorschläge enthalten weniger und modernere Prioritäten, die sich auf ein intelligentes, umweltfreundliches, CO₂-armes, sozialeres und stärker vernetztes Europa konzentrieren, das bürgernäher wird. Die gegenwärtigen elf thematischen Ziele wurden auf fünf politische Ziele verringert. So ist die Erarbeitung und Umsetzung ganzheitlicher Konzepte einfacher.

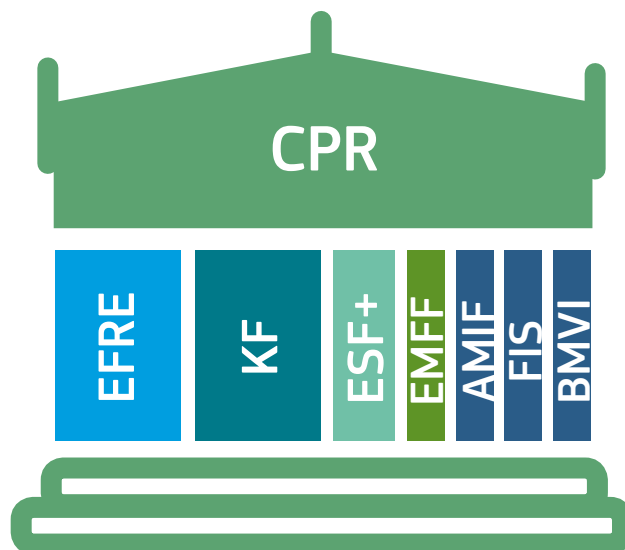
Darüber hinaus umfasst eine Reihe echter Vereinfachungsmaßnahmen einen Verzicht auf Benennungsverfahren, die

Einführung des Grundsatzes der einzigen Prüfung, den Vorschlag radikal vereinfachter Vorschriften für die Mehrwertsteuer, mehr Möglichkeiten für die Verwendung vereinfachter Kostenoptionen, einfachere Vorschriften für Finanzinstrumente sowie im Allgemeinen erheblich vereinfachte Verfahren für die Berichterstattung, Programmplanung und Umsetzung.

Die wichtigsten Errungenschaften für Interreg beinhalten, dass mittlerweile alle Außengrenzen der EU durch die Interreg-Verordnung abgedeckt sind, und nicht wie im vorherigen System verschiedene Verordnungen für unterschiedliche Grenzen gelten. Zu den weiteren neuen Elementen zählen ein strategischerer Ansatz für die maritime Zusammenarbeit, interregionale Innovationsinstrumente und der Europäische grenzüberschreitende Mechanismus. Grenzüberschreitende Programme können nun ihren Schwerpunkt mehr als bisher auf die institutionelle Zusammenarbeit, die Lösung von Grenzfragen und Investitionen in gemeinsame Dienste legen.

Außerdem wurden Verpflichtungen gegenüber der Städteagenda durch die Europäische Städteinitiative verstärkt und liefern einen neuen kohärenten Ansatz für Städte, indem separate Instrumente in einem einzigen Paket zusammengefasst werden.

Im Vergleich zum Programmplanungszeitraum 2014-2020 enthalten die Vorschläge weniger und konkretere „grundlegende Voraussetzungen“, die erfüllt werden müssen, bevor Projekte



Wesentliche Merkmale des kommenden EU-Haushalts



Mehr Finanzmittel für
Prioritätsbereiche



Ein neuer Mechanismus
zum Schutz des
EU-Haushalts vor
den finanziellen Risiken
im Zusammenhang mit
der Rechtsstaatlichkeit



Ein starker Fokus auf
den europäischen
Mehrwert und die
Leistung



Weniger Bürokratie
für Begünstigte



Ein flexiblerer und
agilerer Haushalt mit
klarerer und strafferer
Architektur

ausgewählt werden sowie während der gesamten Programmplanung. Zudem werden länderspezifische Empfehlungen zu Beginn der Programmplanung und während der Halbzeitbewertung berücksichtigt. Die thematische Konzentration der EU-Finanzierung auf wesentliche Prioritäten wird dafür sorgen, dass die Kohäsionspolitik sich weiterhin auf das fokussiert, was für die Wettbewerbsfähigkeit und die strukturellen Anpassungen an die Herausforderungen der Globalisierung und des technologischen Wandels entscheidend ist. Zugleich wird eine Fragmentierung der Ressourcen vermieden.

Der gesamte Programmplanungsprozess ist auf Leistungsfähigkeit ausgerichtet. Eine Halbzeitbewertung aller Programme im Jahr 2024 sorgt dafür, dass leistungsbezogene Mittel für Programme in den Jahren 2026 und 2027, aber auch bezogen auf die Herausforderungen im Rahmen des Europäischen Semesters und der sozioökonomischen Situation, zugewiesen werden. So wird die richtige Balance zwischen der erforderlichen Flexibilität in einer neunjährigen Programmplanung, wie auch die benötigte Stabilität des Investitionsrahmens sichergestellt.

Aktueller Stand

Der Europäische Rat hat auf seiner Sitzung am 13. und 14. Dezember 2018 beschlossen, daran zu arbeiten, im Herbst 2019 im Europäischen Rat eine Vereinbarung über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) herbeizuführen. Das bedeutet, dass Diskussionen mit dem Parlament über den Mehrjährigen Finanzrahmen einschließlich der mit dem MFR verbundenen sektorbezogenen Vorschläge, die Bestandteil der endgültigen Fassung der Verhandlungsbox sind, erst später beginnen können. Aus den vorherigen Erfahrungen lässt sich daher schließen, dass eine endgültige Vereinbarung über den Mehrjährigen Finanzrahmen erst gegen Mitte des Jahres 2020 geschlossen werden kann und sektorbezogene Vorschläge erst danach fertiggestellt werden. Dies stellt eine deutlich langsamere Gangart dar, als ursprünglich von der Kommission vorgesehen.

Die Präsidentschaft legte im Juni 2019 einen überarbeiteten Entwurf einer Verhandlungsbox vor, der u. a. Elemente der Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen und der fondsspezifischen Verordnungen enthielt, zu denen der Rat noch einen Standpunkt festlegen muss. Zu diesen Elementen gehören Mittelzuweisungen, makroökonomische Auflagen, Übertragungen zwischen Fonds und auf andere EU-Instrumente, Vorfinanzierung, Kofinanzierung, Aufhebung der Mittelbindung sowie thematische Konzentration für EFRE und ESF+.

Seit der Annahme des Gesetzgebungspakets zur Kohäsionspolitik im Mai 2018 haben die Mitgesetzgeber erhebliche Fortschritte in der Begründung ihrer jeweiligen Standpunkte erzielt.

Während der ersten Lesung zwischen Mitte Februar und Anfang April 2019 hat das Europäische Parlament seinen Standpunkt zu allen Elementen des Gesetzgebungspakets zur Kohäsionspolitik dargelegt. Der Rat ist zunächst langsamer vorangekommen, hatte seinen Standpunkt zu den meisten Teilen des Gesetzgebungspakets bis Juni 2019 festgelegt und ein partielles Verhandlungsmandat für die gesamte Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen (mit Ausnahme der den Mehrjährigen Finanzrahmen betreffenden Aspekte) gebilligt.

Durch das Ende des Mandats des Parlaments waren jedoch nur drei Trilog-Sitzungen zwischen Vertretern des Parlaments, des Rates und der Kommission vor den Europawahlen im Mai 2019 möglich. Obwohl es ihnen nicht gelang, eine politische Vereinbarung zu treffen, wurden vorläufige Einigungen zu zahlreichen Artikeln, besonders im Zusammenhang mit der Programmplanung, erzielt. Das Verfahren wird schnellstmöglich nach der Zusammenstellung des neuen Parlaments im Herbst 2019 wieder aufgenommen. ■

MEHR DAZU

<https://europa.eu/!xj38Db>



Finanzinstrumente: Neues ab 2020

Finanzinstrumente werden eingesetzt, um die zugrundeliegenden Programmziele der Kohäsionspolitik zu erreichen und verfügen über zwei Differenzierungsmerkmale: einen revolvierenden Charakter und eine Hebelwirkung.

Finanzinstrumente können eine Vielzahl von Endbegünstigten unterstützen, da sie eine Reihe an Entwicklungszielen fördern, die das Potenzial haben, über die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) zusätzliche öffentliche und private Mittel einzuwerben oder für weitere Investitionen genutzt zu werden.

Ihr übergeordnetes wirtschaftliches Argument ist, Finanzierungslücken zu schließen und suboptimale Anlagesituationen zu überwinden – also wenn finanziell tragfähige Projekte nicht durch den Privatsektor finanziert werden oder nur unter ungeeigneten Bedingungen Mittel erhalten. In diesem Zusammenhang werden Finanzinstrumente als Mechanismus zur Umsetzung der Politik für Aktivitäten zur Generierung von Umsatz und zur Einsparung von Kosten und „um mit weniger Mitteln mehr zu erreichen“ interessant.

Die Finanzprodukte umfassen Darlehen, Eigenkapital, Bürgschaften oder eine Kombination daraus, je nach Art der Aktivität und des Endbegünstigten. Wenn Teile der Investition keinen Gewinn erzielen und keine Kosten einsparen, könnte die Investition durch eine Kombination aus Zuschüssen und Finanzprodukten eines Finanzinstruments der ESI-Fonds gestützt werden.

Ziele für den Programmplanungszeitraum 2021-2027

Die Ressourcen der Kohäsionspolitik sollen im Programmplanungszeitraum 2021-2027 knapper werden, daher wird voraussichtlich die allgemeine Bedeutung von Finanzinstrumenten zunehmen. Dies steht im Einklang mit dem allgemeinen Ziel, Investitionen vor Ort anzuregen und gleichzeitig private Investitionen mit minimaler öffentlicher Unterstützung bestmöglich einzusetzen, um für die Erreichung der übergeordneten Ziele der Kohäsionspolitik in Bezug auf den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt zu sorgen. Finanzinstrumente können für alle politischen Ziele eingesetzt werden.

Ziel der Europäischen Kommission sollte in diesem Zusammenhang sein, ihre Bedeutung als Bereitstellungsart in der Kohäsionspolitik zu festigen und sie über die Unterstützung von KMU oder Energieeffizienz hinaus auszuweiten. Im aktuellen Programmplanungszeitraum gibt es bereits einige vielversprechende Beispiele für die Unterstützung anderer Sektoren durch Finanzinstrumente sowie den Einsatz von Eigenkapitalprodukten, die als Impulsgeber für regionale Innovationsökosysteme fungieren können. Daher besteht Spielraum, die Zuweisung solcher Instrumente im kommenden Zeitraum zu erweitern.

Geplante wesentliche Verbesserungen

Finanzinstrumente werden ein wichtiger Mechanismus für den Einsatz von Investitionen im Zeitraum 2021-2027 sein, die zur Generierung von Umsatz und zur Einsparung von Kosten beitra-

gen. Zu diesem Zweck wurden die Bestimmungen zu Finanzinstrumenten in der Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen gemäß dem Vorschlag der Europäischen Kommission angepasst und aktualisiert, um eine bessere und einfachere Umsetzung und schnellere Einrichtung zu gewährleisten. Übersicht:

- Finanzinstrumente werden von Anfang an besser in den Programmplanungs- und Umsetzungsprozess integriert und die *Ex-ante*-Bewertung wird entsprechend vereinheitlicht.
- Die Verwaltungsbehörden werden dieselben grundlegend flexiblen Einsatzmöglichkeiten haben – Verwaltung unter Verantwortung der Verwaltungsbehörde oder direkte Verwaltung durch diese – auch wenn die damit verbundenen Bedingungen vereinfacht wurden.
- Die Kombination auf Fondsebene mit Finanzinstrumenten auf EU-Ebene wird im Rahmen eines einheitlichen Regelwerks, und zwar dem von InvestEU, mithilfe eines Beitrags zu diesem Programm ermöglicht.
- Eine höhere Flexibilität für die Verknüpfung von Zuschüssen mit Finanzinstrumenten wird im Rahmen der Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen vorgeschlagen. Besonders Kapitalnachlässe entsprechend der Vorschriften des Finanzinstruments werden einen breiteren Einsatz einer Kombination in einem Projekt erlauben.
- Die Förderfähigkeitsbestimmungen wurden klarer gestaltet und Regeln zu Verwaltungskosten und Gebühren vereinfacht, die trotzdem immer noch leistungsorientiert sind, um eine effiziente Verwaltung zu fördern.
- Die Regelungen für Zahlungen wurden erheblich vereinfacht, wobei die ausgesprochen wichtige Verbindung zwischen Zahlungen an Finanzinstrumente und den entsprechenden Auszahlungen an Endbegünstigte beibehalten wurde.
- Die Planung von Rückflüssen und Wiederverwendung von Mitteln wurde vereinfacht.
- Es wird keine zusätzlichen gesonderten Berichte über Finanzinstrumente geben, da diese im selben Berichtssystem integriert sind, wie alle anderen Finanzierungsformen.

Beitrag zur Mitgliedstaaten-Komponente von InvestEU

Der kommende Programmplanungszeitraum wird außerdem durch die Koexistenz von Finanzinstrumenten mit gemeinsamer Mittelverwaltung und der Mitgliedstaaten-Komponente von

InvestEU gekennzeichnet sein. Diese zusätzliche Einsatzmöglichkeit steht den Mitgliedstaaten in der Form rückzahlbarer Beihilfen zur Verfügung, um zu den politischen Zielen der bereitstellenden Fonds beizutragen. Zur Erreichung der ausgewählten politischen Ziele können die Mitgliedstaaten entweder in der Programmplanungsphase der Partnerschaftsvereinbarung/Programmebene oder während der Umsetzungsphase einen Beitrag zur Mitgliedstaaten-Komponente leisten.

Der wesentliche Vorteil für einen Mitgliedstaat, einen Beitrag zum InvestEU-Programm zu leisten, ist die Möglichkeit, umfassende private Mittel für Endbegünstigte zu mobilisieren, während die Umsetzung auf dem institutionellen und rechtlichen Rahmen von InvestEU beruht, der unter der Verantwortung der Kommission festgelegt wird. Darüber hinaus besteht kein Bedarf an nationaler Kofinanzierung, auch wenn eine Eventualverbindlichkeit auf der Grundlage des Risikos durch den Mitgliedstaat eingerichtet werden muss.

Der Fonds „InvestEU“ wird im InvestEU-Programm zudem für jeden Politikbereich eine Mitgliedstaaten-Komponente umfassen. Gemäß dem Vorschlag der Kommission können die Mitgliedstaaten durch Bereitstellung von bis zu 5 % der unter gemeinsamer Mittelverwaltung stehenden Mittel für die Mitgliedstaaten-Komponente von der EU-Garantie profitieren. Dies bedeutet, dass im Rahmen der EU-Komponente verfügbare 38 Mrd. EUR durch den Haushalt einer Mitgliedstaaten-Komponente ergänzt werden, wodurch die Risikotragfähigkeit für Durchführungspartner erhöht wird.

Der Beitrag zur Mitgliedstaaten-Komponente, der optional ist, würde für länderspezifische Marktdefizite und Investitionslücken eingesetzt. Die Kommission unterzeichnet eine „Beitragsvereinbarung“ – ein Dokument, in dem die Finanzierung und Durchführung festgehalten werden – mit dem betreffenden Mitgliedstaat. Die Beiträge werden geografisch auf nationaler oder regionaler Ebene für jeden Politikbereich zweckgebunden. Durch diesen freiwilligen Beitrag können die Mitgliedstaaten von der EU-Garantie und ihrem hohen Kreditrating profitieren, was den nationalen und regionalen Investitionen eine höhere Schlagkraft verleiht. ■

MEHR DAZU

<https://europa.eu/!uR88Bu>



Dänemark: Investitionen in eine innovative Zukunft

Das flache Gelände, seine Nähe zu Gewässern, der fruchtbare Boden und das manchmal raue Klima haben die Geschichte und Kultur Dänemarks geprägt. Der hohe Lebensstandard, die sozioökonomische Entwicklung, Bildung und Kompetenzen, das Gleichgewicht zwischen Arbeit und Freizeit, der Gesundheitsstatus und die Umweltstandards machen das Land heute zu einer der weltweit friedlichsten und glücklichsten Gesellschaften.

Beim Königreich Dänemark handelt es sich um das südlichste skandinavische Land. Es liegt auf einer Halbinsel, Jütland, und einem aus 443 Inseln bestehenden Archipel, von denen 74 bewohnt sind. Es umfasst zudem die Färöer-Inseln und Grönland, zwei autonome Gebiete im nördlichen Atlantischen Ozean, die über eigene Regierungen und Parlamente verfügen.

Viele der größeren Inseln sind durch Brücken miteinander verbunden. Dazu zählt die berühmte Öresund-Brücke, durch die die größte Insel Seeland mit Schweden verbunden ist. Die kleineren Inseln werden durch Fähren und kleine Flugzeuge bedient. In diesem nordischen Land, in dem weniger als 6 Millionen Menschen leben, haben vier Städte über 100 000 Einwohner, darunter auch die Hauptstadt Kopenhagen. Dänemark hat eine kurze gemeinsame Grenze mit Deutschland im Süden und ist von einer von den Gezeiten abhängigen Küstenlinie umgeben, die sich über 8 750 Kilometer erstreckt.

Zu den wichtigsten Industriezweigen gehören Windkraftanlagen, Pharmazeutika, medizinische Geräte, Maschinen und Transportausrüstung, Lebensmittelverarbeitung und Bauwesen.

Seine Wirtschaft befindet sich im Aufwind, das Konsumverhalten der Haushalte und Investitionen sind die wichtigsten Impulsgeber für Wachstum. Das reale BIP-Wachstum wurde im Jahr 2018 auf 0,8% geschätzt und soll sich Prognosen zufolge 2019 auf 1,6% und 2020 auf 1,3% belaufen.

Arbeitsmarkt- und Rentenreformen haben dazu beigetragen, dass die historisch höchste Beschäftigungsquote erreicht werden konnte. Leider besteht ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften und die Regierung gerät im Hinblick auf ihre Ziele für 2025, Produktivität und Arbeitskräfteangebot anzukurbeln, ins Hintertreffen.

Es besteht ein Bedarf an einem geeigneteren Arbeitskräfteangebot und an digitalen Kompetenzen. Dafür sind Investitionen in die Entwicklung von Kompetenzen in den Bereichen intelligente Spezialisierung, industrieller Wandel und Unternehmertum in Verbindung mit Maßnahmen für lebenslanges Lernen erforderlich. Zur Gewährleistung eines ausreichenden Angebots qualifizierter Arbeitskräfte ist darüber hinaus eine höhere Anzahl von Absolventinnen und Absolventen der allgemeinen und beruflichen Bildung von entscheidender Bedeutung.

Dänemark gehört weiterhin zu den EU-Ländern mit den höchsten Bildungsausgaben, was den Anteil am BIP angeht. Trotzdem stieg die Schulabbrecherquote im Jahr 2017 auf 8,8%, wobei die Quote bei Jungen gegenüber Mädchen fast doppelt so hoch war, wodurch eines der größten Geschlechtergefälle in der EU entstanden ist. Die jüngsten Maßnahmen sollen die Qualität der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung verbessern, damit die Abbrecherquote und das Geschlechtergefälle reduziert werden.

< Tietgenkollegiet und die IT-Universität in Kopenhagen

In guter Gesundheit

Das dänische Gesundheitssystem funktioniert gut, auch wenn der Mangel an Allgemeinmedizinern Sorgen bereitet. Anhand eines neuen Vorschlags soll die Anzahl der Allgemeinmediziner erhöht und gleichzeitig der Zugang von Patientinnen und Patienten zu Primärversorgung verbessert werden. Zugleich werden gesunde Aktivitäten gefördert.

Als Vorreiter im Einsatz von elektronischen Gesundheitsdiensten verfügt das Land über hochentwickelte IT-Systeme in Krankenhäusern und Allgemeinarztpraxen wie auch über eine gute digitale Kommunikation zwischen Gesundheitssektoren. Der Schwerpunkt der neuen nationalen digitalen Gesundheitsstrategie 2018-2022 liegt auf Digitalisierung und der Nutzung von Gesundheitsdaten für die Prävention und Pflege sowie dem Abschluss der Strategie für betreutes Wohnen 2013-2020.

Armut und Einkommensungleichheit sind weiterhin nicht weit verbreitet, außerdem macht Dänemark Fortschritte bei einigen der zehn im Jahr 2016 festgelegten Ziele für soziale Mobilität. Im Jahr 2018 wurde ein Vorschlag vorgebracht, die Beschäftigungsquote bei Menschen mit Behinderungen zu verbessern. Kürzlich wurden politische Initiativen eingeleitet, um neue Migrantinnen und Migranten davon abzuhalten, in das Land zu kommen, gleichzeitig sollte die Integration der bereits angekommenen Einwanderer gefördert werden.

Die Energieeffizienz der dänischen Wirtschaft ist zwar bereits führend in der EU, doch ein erheblicher Teil des Übergangs zu einer CO₂-armen Gesellschaft bis 2050 muss noch vor dem Jahr 2030 erfolgen. In diesem Land, das besonders anfällig für die Folgen klimabedingter Ereignisse ist, stellen niedrigere Emissionen und die Abschwächung der Risiken durch den Klimawandel wichtige Ziele dar.

Als Reaktion auf die zunehmende Überlastung des hochwertigen dänischen Straßennetzes wurden Pläne zur Elektrifizierung des nationalen Schienennetzes vorgebracht. Das Fahrrad wurde ebenfalls zu einem wichtigen Verkehrsmittel, besonders in größeren Städten, die über ein weit verzweigtes Netz an Fahrradwegen verfügen.

Das Land hat außerdem seine hohe Abdeckung von Breitbandanschlüssen und Zugangsnetzen der nächsten Generation beibehalten und fördert den Zugang außerhalb städtischer Gebiete durch eine weitere Verbesserung der Netzqualität in ländlichen Gebieten. Die ersten Ergebnisse von Initiativen der digitalen Strategie für den Zeitraum 2016-2020 haben die weltweite Spitzenposition Dänemarks im Bereich der Digitalisierung öffentlicher Dienste gestärkt.

Intelligenter werden

Insgesamt ist Dänemark Innovationsführer, obwohl private Investitionen in Forschung und Entwicklung sich mehr und mehr auf wenige große Unternehmen fokussieren. Da die Beschäftigung in schnell wachsenden Unternehmen unter dem EU-Durchschnitt liegt, wurden Investitionsbereiche zur Stärkung des Wachstums und der Wettbewerbsfähigkeit von KMU und zur Erhöhung der Effizienz von Forschungs- und Innovationssystemen festgestellt.

Seit Januar 2019 wurden wesentliche Veränderungen im Einsatz des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung vorgenommen. Ein neuer dänischer Exekutivausschuss für Geschäftsentwicklung und Wachstum koordiniert die dezentralisierte Unternehmensförderung einschließlich der über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und den Europäischen Sozialfonds durch die Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2021-2027 zugewiesenen Mittel in Höhe von insgesamt 643 Mio. EUR.

Für den gegenwärtigen Programmplanungszeitraum liegt der Schwerpunkt der EFRE-Strategie auf der Unternehmensentwicklung, bei der Innovation, Unternehmensförderung, Energie- und Ressourceneffizienz auf die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen abzielen, damit diese ihr Wachstumspotenzial ausschöpfen.

Bisher hat Dänemark von Finanzmitteln der Europäischen Investitionsbank in Höhe von 882 Mio. EUR profitiert, die voraussichtlich Investitionen mit einer Gesamthöhe von 5,1 Mrd. EUR bewirken werden. Die ESI-Fonds waren ebenfalls entscheidend für einen besseren Zugang zu Finanzmitteln für KMU.

Der Juncker-Plan unterstützt zudem Projektträger und Investoren über Initiativen wie die Europäische Plattform für Investitionsberatung, die maßgeschneiderte Unterstützung für die Vorbereitung und Erarbeitung von Investitionsvorhaben in der EU bereitstellt, sowie das europäische Investitionsvorhabenportal, das Vermittlungsleistungen zwischen hochwertigen Projekten in der EU und potenziellen Investoren weltweit bietet.



Dänisches System für Unternehmensförderung wird dank Reform vereinfacht und neu ausgerichtet

Nach langer Vorbereitung hat Dänemark in diesem Jahr eine Reform seines Systems der Unternehmensförderung eingeleitet. Ein wesentliches Element darin ist die Unterstützung durch die Strukturfonds der Europäischen Union. Der stellvertretende Generaldirektor der dänischen Wirtschaftsbehörde Sigmund Lubanski klärt *Panorama* über die Reformen auf.



Ein wichtiges Element des neuen Systems für Unternehmensförderung ist ein vielseitig besetzter Ausschuss, der dänische Exekutivausschuss für Geschäftsentwicklung und Wachstum, der mit der Aufgabe betraut wurde, nachfrageorientierte, einheitliche und lokal verankerte Anstrengungen für Wachstum und Aktivitäten in ganz Dänemark umzusetzen, die sich am Bedarf der Unternehmen orientieren.

Ziel war es, dem starken Wunsch von Handel und Industrie nachzukommen, ein einheitlicheres, wirksames und nachfrageorientiertes System für Unternehmensförderung einzurichten. Das vorherige System war aufgrund sich überschneidender Initiativen und Varianten mittlerweile verwirrend und für Unternehmen zu schwierig geworden, sich darin zurechtzufinden, während die Qualität der Dienstleistungen unterschiedlich war.

Im Zuge der Vereinfachung wurde ein neuer Unternehmensausschuss gegründet. Der dänische Exekutivausschuss für Geschäftsentwicklung und Wachstum hat von den vorherigen regionalen Wachstumsforen die Aufgabe übernommen, festzulegen, wie die Regional- und Sozialfonds der EU eingesetzt werden.

Welche Aufgaben nimmt der Ausschuss wahr?

Der Ausschuss wurde beauftragt, die Entwicklung des Handels und der Industrie in Dänemark durch die Förderung einer einheitlichen, nachfrageorientierten und lokal verankerten Unternehmensförderung und Tourismusinitiative in ganz Dänemark zu stärken. Er wurde mit guter Unterstützung aus Unternehmen, Kommunen und Arbeitsmarktakteuren zusammengestellt und ich spüre ein unglaublich starkes Engagement, eine dezentralisierte Anstrengung zur Förderung von Unternehmen zugunsten von Wachstum und Beschäftigung im gesamten Land zu unternehmen.

Welche strukturellen Veränderungen wurden am dänischen System vorgenommen?

Wir haben uns auf eine Reihe wesentlicher Bereiche konzentriert, um eine gezielte und zukunftssichere Unternehmensförderung zu erschaffen. Zu den wichtigsten Eckpunkten zählt unser Streben nach höherer Qualität und Zugänglichkeit der Unternehmensdienste. Daher wurden einhergehend mit der digitalen Unternehmensförderungsplattform

virksomhedsguiden.dk, die Informationen über die Gründung und die Leitung eines Unternehmens bietet, interkommunale Geschäftszentren eingerichtet.

Mit der dezentralisierten Förderung von Unternehmen schaffen wir außerdem mehr Zusammenhalt. Aus diesem Grund hat der Ausschuss auch die Verantwortung für die Mittel der Unternehmensförderung vom regionalen Wachstumsforum übernommen. Zugleich wurde eine einheitliche Strategie erarbeitet, um sicherzustellen, dass wir Überschneidungen vermeiden.

Die Strategie wurde mit Anregungen aus Handel und Industrie, Unternehmen, den neuen Geschäftszentren und von weiteren regionalen und lokalen Interessengruppen gestaltet. Als Teil dieser Anstrengungen bringt der Ausschuss die Konsolidierung der dänischen Tourismus- und Unternehmenscluster in Gang, um weniger, dafür stärkere Einheiten zu erschaffen.

Zudem besteht eine klare Trennung der Arbeit zwischen der kommunalen Ebene und den interkommunalen Geschäftszentren einerseits und den hochspezialisierten staatlichen Programmen andererseits.

Ein weiterer Eckpunkt ist, eine Vereinfachung der staatlichen Unternehmensförderung zu erreichen. Wir haben das Bestreben nach wissensbasiertem Unternehmertum verstärkt und das System vereinfacht, wodurch es nur noch einen Zugangspunkt für Darlehen und Eigenmittel im Wachstumsfonds sowie einen für Zuschussfinanzierung für Innovation, Entwicklung und Demonstration im Innovationsfonds gibt.

Wie werden die Strukturfonds in Dänemark eingesetzt? Mit welchen allgemeinen Grundsätzen arbeitet der Ausschuss, um seine Anstrengungen umzusetzen? Was ist wichtig und wo liegt der Schwerpunkt?

Die dänische Wirtschaft funktioniert gut. Dänemark gehört zu den produktivsten Ländern der Welt und dank wirtschaftlichen Fortschritts konnte die Beschäftigung im gesamten Land erhöht werden. In der Vergangenheit war eine höhere Produktivität der wesentliche Impulsgeber für Wachstum, obwohl das Wachstum in der Produktivität in den vergangenen 20 Jahren geringer war. Daher muss die Produktivität durch Erhöhung des Kompetenzniveaus der Arbeitskräfte, einen effektiveren Einsatz der vorhandenen Ressourcen wie auch Innovation und technischen Fortschritt gestärkt werden.

Der Umsetzungsplan des dänischen Exekutivausschusses für Geschäftsentwicklung und Wachstum sieht fünf Grundprinzipien vor:

- Die Bedürfnisse von Unternehmen stehen im Mittelpunkt
- Es soll überall Zusammenhalt entstehen
- Die Produktivität soll gesteigert und gute Chancen im gesamten Land geschaffen werden
- Die Anstrengungen sollen benutzerfreundlich und transparent sein
- Die Anstrengungen erfolgen digital und sind datengestützt.

Die ersten vier Grundprinzipien stammen aus dem Unternehmensförderungsgesetz,

das fünfte Grundprinzip wurde vom Ausschuss hinzugefügt. Die Ausschussmitglieder haben außerdem sechs Prioritäten für die dezentralisierte Unternehmensförderung festgelegt: Digitalisierung und Automatisierung; qualifizierte Arbeitskräfte und soziale Integration; grüner Wandel und Kreislaufwirtschaft; Unternehmertum; Internationalisierung und Innovation.

Dieses Konzept entspricht den Zielen der Programme der EU-Strukturfonds. Die Investitionsbereiche des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in diesem Programmplanungszeitraum sind stärkere Verbreitung von Innovationen in KMU, stärkeres Unternehmenswachstum sowie Energie- und Ressourceneffizienz in KMU. Im Bereich des Europäischen Sozialfonds sind die Investitionsbereiche Unternehmertum, Schaffung von Arbeitsplätzen, soziale Integration sowie Schulungsprogramme für Unternehmer und Weiterbildung.

Die Unternehmensförderung in Dänemark ist nachfrageorientiert. Warum ist das wichtig, was bedeutet es in der Praxis und welche Vorteile hat es für Unternehmen?

Der dänische Exekutivausschuss für Geschäftsentwicklung und Wachstum hat alle interessierten Parteien dazu aufgerufen, in der Erarbeitung einer neuen Strategie ihre Meinung darzulegen. Zunächst wurde dies über eine Reihe an Seminaren im ganzen Land erreicht, später fand eine Strategiekonferenz mit 300 Teilnehmern statt. Zugleich findet ein weitreichender Dialog mit Geschäftszentren, Unternehmensverbänden und anderen interessierten Parteien statt, die geschäftliche Anforderungen an Investitionen und vom dezentralisierten Ausschuss angebotene Initiativen verstehen.

Wir messen auch den kurz- und langfristigen Erfolg unserer Anstrengungen. Dazu führen wir nicht nur regelmäßige Bewertungen von Hunderten Projekten des Strukturfonds über ihre gesamte Laufzeit

durch, sondern prüfen die Ergebnisse auch mehrere Jahre nach Beendigung der Projekte, wenn die wichtigen und langfristigen Erfolge von Projekten des Strukturfonds im Allgemeinen sichtbar werden. Wir setzen einen fortschrittlichen Messansatz ein, um Entwicklungen der teilnehmenden Unternehmen mit einer Kontrollgruppe zu vergleichen, die nicht in Projekte des Strukturfonds involviert war.

Wie waren weitreichende, landesweite Anstrengungen mit dem Wunsch vereinbar, regionale und lokale Stärken und Unterschiede zu berücksichtigen?

Wir haben gute Fortschritte in der Festlegung der geschäftlichen Anforderungen gemacht und ich spüre im Zuge der Reform bereits eine wirklich tolle lokale und in Unternehmen verankerte Zusammenarbeit.

Unternehmen haben verschiedene Bedürfnisse und Herausforderungen, von denen einige durch lokale Faktoren vorgegeben und beeinflusst werden. Auch die Ressourcen, um diese Bedürfnisse zu befriedigen, sind im ganzen Land unterschiedlich. Daher konzentrieren wir uns auf lokale Stärken, Kulturen, Kompetenzen und Unternehmensstrukturen, mit denen die Festlegung geschäftlicher Bedürfnisse und Wünsche erleichtert wird.

Dies ist nicht der einzige Grund für das Streben nach landesweiten Partnerschaften – landesweite Anstrengungen gehen mit lokaler und regionaler Verankerung einher. Antragsteller müssen insbesondere aufzeigen, wie sie lokale Bedingungen berücksichtigen werden, wenn sie sich für eine landesweite Initiative bewerben.

Bei der Durchführung laufender Projekte ist genau dieses Verhältnis zwischen landesweiten Initiativen und der lokalen Verankerung wichtig.



Dänemark

Das Königreich Dänemark erstreckt sich über etwa 43 000 Quadratkilometer, in denen die Halbinsel Jütland und ein aus 443 Inseln bestehendes Archipel liegen. Das Land verfügt außerdem über zwei autonome Gebiete im nördlichen Atlantischen Ozean: die Färöer-Inseln und Grönland. Dänemark hat eine gemeinsame, 68 km lange Grenze mit Deutschland und ist von einer von den Gezeiten abhängigen Küstenlinie umgeben, die sich über 8 750 Kilometer erstreckt.

Bevölkerung

Zum 1. Januar 2019 hatte das Land 5 806 081 Einwohner, deren Zahl in den letzten Jahren dank mehr Geburten als Todesfällen und einer höheren Einwanderung als Auswanderung steigt.

Arbeitsmarkt

In den vergangenen 30 Jahren war die Arbeitslosenquote bei Frauen allgemein höher als bei Männern. Die Beschäftigungsquote lag 2017 mit 76,9 % über dem EU-Durchschnitt von 72,1 %. Im Jahr 2018 lag die Arbeitslosenquote von Männern bei 5,0 % und von Frauen bei 5,2 %. Die Jugendarbeitslosigkeit (15-24 Jahre) war im Jahr 2017 bei 11 % und damit die siebtniedrigste in der EU.

Das allgemeine Bildungsniveau der Bevölkerung zeigte für den Altersbereich 25-64 Jahre einen erheblichen Anstieg von 19 % im Jahr 1991 auf fast 39 % im Jahr 2017. Die frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung für Kinder im Alter über vier Jahren liegt aktuell bei 98,1 %.

Wirtschaft

Das BIP verzeichnete im Jahr 2018 einen Zuwachs um 1,2 % (preisbereinigt). Es handelt sich hierbei um die niedrigste Wachstumsrate seit 2013. Das Wachstum wird in erster Linie durch das Konsumverhalten der Haushalte und erhöhte Investitionen gesteigert. Das Pro-Kopf-BIP lag 2018 bei 382 000 DKK (dänische Kronen) und das reale Wachstum des Pro-Kopf-BIP betrug 0,7 %. Seit dem Jahr 2000 stagniert die wirtschaftliche Entwicklung im Verhältnis zum durchschnittlichen EU-Wachs-

tum: in diesem Zeitraum wuchs die dänische Wirtschaft um 22 %, während der EU-Durchschnitt bei rund 30 % liegt. Sozialschutz ist der größte staatliche Ausgabeposten bei rund 44 % im Jahr 2017, während die Gesundheitsversorgung im selben Jahr 16 % erreichte.

Handel

Die Gesamtausfuhren haben die Gesamteinfuhren seit 1987 in Dänemark stets überstiegen und führten im gesamten Zeitraum zu einem Überschuss bei der Waren- und Dienstleistungsbilanz. Die Entwicklungen der Ein- und Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen haben seit 2008 zu erheblichen Überschüssen geführt. Der Außenhandel erreichte 2018 119 Mrd. DKK. Arzneimittel, Bauteile für Windräder, Öl, Nerz, Pelz und Lebensmittel gehören zu den größten Handelsgruppen für die Ausfuhr von Waren, während Arzneimittel, Öl, Fahrzeuge und Elektronikgeräte zu den wichtigsten Einfuhrsektoren zählen.

Sonstige Schlüsselbereiche

Seit mehreren Jahren wurden in der dänischen Landwirtschaft erhebliche strukturelle Veränderungen vorgenommen, wodurch weniger, aber dafür größere landwirtschaftliche Betriebe entstanden sind. In der landwirtschaftlichen Erzeugung ist die Schweinezucht die wichtigste und hochspezialisierte wirtschaftliche Tätigkeit. An zweiter Stelle steht die Milcherzeugung, die ökologische Landwirtschaft produziert 12 % der an Molkereibetriebe gelieferten Milch. Die Beschäftigungsquote im verarbeitenden Gewerbe ist von 2000 bis 2008 um 27 % gesunken, während der Umsatz in diesem Sektor ohne Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden um 66 % gestiegen ist. Der Umsatz aus der Herstellung von Arzneimitteln war 2018 dreimal höher als im Jahr 2000. Im Jahr 2002 hat sich Dänemark den EU-Zielen verschrieben, Investitionen von mindestens 3 % des BIP in Forschung und Entwicklung zu tätigen. Im öffentlichen Sektor haben Universitäten 71 % der Forschung und Entwicklung übernommen. Breitband und Zugangsnetze der nächsten Generation stehen 95 % der Haushalte zur Verfügung; rund 71 % der Bevölkerung haben zumindest grundlegende digitale Kompetenzen. Dies liegt deutlich über dem EU-Durchschnitt von 57 %.



Vorbereitung auf eine bessere Zukunft

Ein vierjähriges Projekt, das 865 000 EUR aus dem Europäischen Sozialfonds erhält, soll junge Menschen besser auf Bildung und die erforderlichen Kompetenzen für den Arbeitsmarkt vorbereiten. Die Initiative „Volkshochschule als Abkürzung zur Bildung“ die an der Vrå Folkehøjskole im nördlichen Jütland durchgeführt wurde, hat einen Kurs mit besonderem Schwerpunkt auf persönlicher Motivation und Aufklärung zur Unterstützung der Jugend, die Hilfe im Bildungssystem benötigt, entwickelt. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf Arbeitsplätzen in der Region, die unter einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in den Sektoren Bauwesen und Gesundheit leidet.



Zielgruppe waren junge Menschen im Alter von 17 bis 29 Jahren, die Schwierigkeiten in ihrer regulären Schulausbildung hatten und denen es an Fachwissen und Motivation fehlt. Bei vielen von ihnen wurde eine soziale Angststörung, Depression, Autismus, ADHS oder das Aspergersyndrom diagnostiziert und einige sind ehemalige Drogen- und Alkoholabhängige. Da die Grundschule ihr höchstes Bildungsniveau darstellt, erhalten sie keine staatliche Unterstützung und fallen nicht in den Anwendungsbereich von kommunalem Dienstrecht oder Arbeitsgesetz.

Im Laufe des Projekts haben 158 Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Kurs abgeschlossen und 110 haben seit Beendigung des Projekts einen Ausbildungskurs begonnen oder abgeschlossen. Weitere acht Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben einen Arbeitsplatz gefunden.

MEHR DAZU:

<https://vraahojkskole.dk/>

Aufbau der Kreislaufwirtschaft

Ein durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung unterstütztes Projekt fokussiert sich auf den grünen Wandel und die Kreislaufwirtschaft mittels der Zusammenarbeit in der und Gestaltung der Wertschöpfungskette, um den optimalen Einsatz von Ressourcen sicherzustellen.

Während des dreijährigen Projektzyklus haben 37 Unternehmen Fachwissen über die Kreislaufwirtschaft erworben und erhielten Unterstützung für den Aufbau neuer umweltfreundlicher Geschäftsmodelle und die Optimierung der Wertschöpfungskette.

Eines der teilnehmenden Unternehmen ist Komproment ApS in Aalborg, das Baumaterialien vertreibt und Dach- und Fassadensysteme für den dänischen Markt wie auch den Export entwickelt. Mit einem Beitrag in Höhe von 502 000 EUR aus dem EFRE half das Projekt dem Unternehmen, ein umsetzbares umweltfreundliches Geschäftsmodell zu erarbeiten, das erheblich mehr Aufmerksamkeit und Aufträge von Ingenieuren, Architekten und dem Baugewerbe insgesamt erhalten hat.

Komproment wurde 2018 mit dem prestigeträchtigen Europäischen „SME Star Award“ und dem Umweltpreis im Baugewerbe ausgezeichnet.

MEHR DAZU:

<https://www.komproment.dk/home>





Ein Modell für Energie- und Ressourceneffizienz

Der EFRE steuerte 1,78 Mio. EUR zum Projekt „Nachhaltige Bilanz“ (Bæredygtig Bundlinje) in der Hauptstadtregion Großraum Kopenhagen bei, das darauf abzielt, die Energie- und Ressourceneffizienz von Unternehmen zu erhöhen. Längerfristig hat das Projekt zum grünen Wandel in Dänemark und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen beigetragen, die durch Kosteneinsparungen und maßgebliche Geschäftsentwicklung auf der Grundlage „umweltfreundlicher Grundsätze“ erzielt wird.

Das Projekt beruhte auf der Annahme, dass KMU das Potenzial von Verbesserungen der Energie- und Ressourceneffizienz nicht wahrnehmen, auch wenn viele von ihnen wissen, dass sie solche Gelegenheiten nutzen sollten.

Im Laufe der Initiative, die im April 2019 endete, entwickelten 101 Unternehmen umweltfreundliche Geschäftsmodelle, die zu erheblich geringerem Energie- und Materialverbrauch sowie niedrigeren CO₂-Emissionen führten.

Das Projekt, das an kurz- und langfristigen Ergebnissen arbeitete, hat erfolgreich zur Sensibilisierung in Unternehmen beigetragen, dass Verbraucher künftig mehr Nachhaltigkeit von Anbietern erwarten. Das Projekt war derart erfolgreich und die Nachfrage so hoch, dass die Erfahrungen nun als Grundlage für eine neue Initiative „Nachhaltige Bilanz 2.0“ genutzt werden. Diese neue Initiative wird von Gate 21 umgesetzt, einer Partnerschaft zwischen Regionen, Kommunen, Unternehmen und Wissenseinrichtungen im Großraum Kopenhagen, die an der Beschleunigung des grünen Wandels und Wachstums arbeitet.

MEHR DAZU:

<https://bit.ly/30T30So>

Arbeit an der sozialen Integration

„Integration vorantreiben“ (Rummelig Imidt) ist ein Projekt für soziale Integration und Beschäftigung in Mitteljütland, das neue Methoden für die Schaffung von Arbeitsplätzen für Menschen am Rande oder außerhalb des Arbeitsmarkts prüft und entwickelt und somit zu einem größeren Arbeitskräfteangebot in der Region beiträgt.

Das Projekt bezieht Kommunen, Sozialpartner und Unternehmen in die soziale Integration aus beschäftigungsorientierter Perspektive ein. Durch die Verknüpfung von Kompetenzen, Ressourcen und Fachwissen in verschiedenen Sektoren wurden für die Zielgruppe Stellenangebote geschaffen.

Zudem tragen zielgerichtete gesellschaftliche Aktivitäten, Unternehmensnetzwerke sowie Unternehmen und Berater aus der Sozialwirtschaft zum Projekt bei. In diesen Bereichen wurden 14 Aktivitäten ins Leben gerufen, mit denen neue Initiativen für verschiedene Zielgruppen entwickelt werden sollen.

Der Europäische Sozialfonds hat über 3,691 Mio. EUR zu diesem Projekt beigesteuert, in dem neun Unternehmensnetzwerke mit über 100 Unternehmen eingerichtet wurden, mit denen ein integrativerer Arbeitsmarkt entstanden ist. Im Zuge des Projekts wurde außerdem ein sozialwirtschaftlicher Plan erarbeitet, der nützliches Wissen und Inspiration, besonders zugunsten der Kommunen, bereithält. Mit den Beratern der Region im Bereich Sozialwirtschaft hat das Projekt an der Entwicklung von Kompetenzen gearbeitet.

Während der Projektlaufzeit wurden im Juli 2019 800 Teilnehmer erwartet; 520 von ihnen haben bisher Fortschritte angestoßen und 269 Teilnehmer haben ihre Fortschritte bereits abgeschlossen. 89 von ihnen haben anschließend Beschäftigung gefunden, sechs davon in einem Sozialunternehmen. ■

MEHR DAZU:

<https://www.rummeligimidt.dk/>





Stärkung der intelligenten Spezialisierung in Portugal

Im Rahmen der Verhandlungen über die operationellen Programme des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung nach 2020 aktualisieren die Mitgliedstaaten in den Jahren 2019 und 2020 ihre Strategien für intelligente Spezialisierung. In diesem Zusammenhang erklärt John Edwards von der Gemeinsamen Forschungsstelle der Europäischen Kommission, wie Portugal die Umsetzung von Strategien für intelligente Spezialisierung überdenkt und seine Strategie verbessert.

Vor einem Jahr konnte die Region Centro in Portugal schon wieder die Auszeichnung mit einem RegioStars-Preis feiern. Das Unternehmen und gemeinsam genutzte Kundendienstzentrum in Fundão am Rande des Nationalparks Serra da Estrela hat dabei geholfen, Dynamik in die Region zu bringen. In den zuvor leerstehenden Gebäuden, die von der Kommune zur Verfügung gestellt wurden, hat der Europäische Fonds für regionale Entwicklung neben weiteren aufregenden Initiativen u. a. gemeinsame Forschungs- und Personaleinrichtungen, gemeinsame Büroarbeitsplätze, ein Gründerzentrum, ein digitales FabLab und ein Schulungszentrum finanziert. Das Zentrum beherbergt mittlerweile 14 Unternehmen, darunter vier Konzerne, die über 500 qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen haben.

Der Schwerpunkt dieses ausgezeichneten Projekts auf Informations- und Kommunikationstechnologien ist allerdings kein Zufall. Es handelt sich vielmehr um eine der Prioritäten der Strategie für intelligente Spezialisierung der Region Centro. Darüber hinaus sind einige der zugehörigen Unterprojekte mit anderen Prioritäten wie Forstwirtschaft, Tourismus und Gesundheit verknüpft.

Die Entwicklung neuer Ideen und bereichsübergreifender Projekte ist ein gemeinsames Ziel der vier im Jahr 2015 eingerichteten Innovationsplattformen der Region. Eine solche „unternehmerische Entdeckung“ ist ein Eckpfeiler für intelligente Spezialisierung. In Portugal glückte dies durch Proaktivität der Regionen und Kontaktaufnahme mit Unternehmerinnen und Unternehmern.

Belebende Strategien

Nicht nur Fundão zeigt, was durch einen strategischen Ansatz erreicht werden kann. Während eines Treffens der Arbeitsgruppe zur Priorität „erneuerbare Energien“ an der Algarve wurde beispielsweise das Projekt Culatra 2030 ins Leben gerufen. Mit seiner Vision, ein dezentralisiertes System der Stromerzeugung zu entwickeln, wurde dieses Projekt kürzlich als Pilotvorhaben der Initiative „Saubere Energie für die Inseln in der EU“ ausgewählt.

Ein weiteres Beispiel ist Madeira, wo durch Strategien für intelligente Spezialisierung neue Chancen in der dominanten Tourismusbranche entstehen sollen. Zu diesen Chancen zählt ein Projekt zur Gestaltung der Industrieküche der Zukunft, an dem die Universität der Insel und eine auf Madeira ansässige internationale Hotelkette beteiligt sind.

Strategien für intelligente Spezialisierung erkennen und gemeinsam nutzen

Intelligente Spezialisierung hat den Regionen Portugals Chancen eröffnet, eigene Innovationsstrategien zu erarbeiten und später zu verbessern. Es handelte sich dabei um einen wichtigen Lernprozess, da Portugal zuvor über keine formellen

» Intelligente Spezialisierung hat den Regionen Portugals Chancen eröffnet, eigene Innovationsstrategien zu erarbeiten und später zu verbessern. «

regionalen Innovationsstrategien verfügte. Aus diesem Grund kam es im Mai 2019 in Faro zu einer Versammlung der sieben portugiesischen Regionen. Das partizipative Seminar an der Algarve bot den für die Strategien für intelligente Spezialisierung verantwortlichen Personen die Möglichkeit, Erfahrungen, Ideen und Pläne auszutauschen und die Vorschläge der Europäischen Kommission zu intelligenten Spezialisierungen nach 2020 zu prüfen.

Am nachfolgenden Tag wurden die Ergebnisse des Seminars mit Vertreterinnen und Vertretern der portugiesischen Regierung und einem internationalen Publikum geteilt. Die Teilnehmer waren erfreut, die Ansichten ihrer spanischen Kollegen zu grenzüberschreitender Zusammenarbeit und die Meinung der italienischen Kohäsionsagentur zur Überwachung von Strategien für intelligente Spezialisierung zu hören.



In Faro sprach Professor Dominique Foray, der viel Arbeit in die Entwicklung und Verbreitung des Konzepts der intelligenten Spezialisierung gesteckt hat, über seine Eindrücke und welche Verbesserungen möglich sind. Die Regionen benötigen vor allem einen kontinuierlichen Arbeitsprozess, auch nachdem die Prioritäten festgelegt wurden, und nicht nur vorher. Ziel ist der Aufbau einer kritischen Masse zugehöriger Projekte.

Alle Anwesenden begrüßten den Fokus auf der Steuerung der Strategien für intelligente Spezialisierung in den vorgeschlagenen Verordnungen. Aufgrund der lebhaften Diskussionen und optimistischen Präsentationen ist klar, dass in den portugiesischen Regionen ein hohes Innovationspotenzial steckt. Die Verbesserung der Führungsstrukturen und der Chancen für Unternehmerinnen und Unternehmer, Forschende und viele andere Akteure, die sich für ihre Regionen einsetzen, ist die beste Gelegenheit, von diesen vielversprechenden Rahmenbedingungen zu profitieren. ■

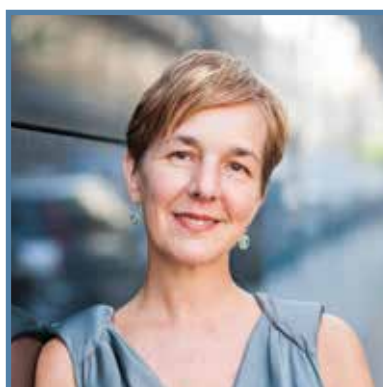


RIS3-Verantwortliche aus den sieben portugiesischen Regionen, Nordholland sowie Ostmakedonien und Thrakien (Griechenland) mit Fachleuten für das GFS-Projekt zu gezielter Unterstützung für die RIS3-Umsetzung.



Die Zukunft des urbanen Europas

Die Kraft von Städten als Impulsgeber ist heute eindeutiger als je zuvor. Die Zukunft Europas hängt mit Sicherheit davon ab, wie es sich mit seinen Städten arrangiert, sagt Anna Lisa Boni, Generalsekretärin von EURO CITIES.



Bedeutung der Städteagenda

Die Erklärung von Bukarest würdigt die zunehmende Bedeutung von Stadtgebieten als Regierungs- und Verwaltungsebene mit der größten Bürgernähe. Die Ministerinnen und Minister erkennen außerdem an, dass die durch Städte und in Städten erarbeitete Evidenzbasis zum Beispiel aus Partnerschaften der Städteagenda bestmöglich genutzt werden

Unsere Bemühungen, gleichberechtigte und integrative Gesellschaften zu fördern, die Zugang zu hochwertigen Arbeitsplätzen bieten, sind für ein Europa, in dem niemand zurückgelassen wird, von entscheidender Bedeutung. Unsere Fähigkeit, den digitalen Wandel zu bewältigen und den Einsatz neuer Technologien zu optimieren, ist für ein integrativeres, effizienteres und gerechteres Europa wichtig. Unsere Befähigung, den Klimawandel zu bekämpfen, um internationale Verpflichtungen in die Realität umzusetzen, ist unerlässlich. Besonders unsere kontinuierliche Auseinandersetzung mit den Bürgerinnen und Bürgern ist die entscheidende Chance, die Distanz, die zwischen politischen Entscheidungsträgern der EU und der Öffentlichkeit klafft, zu überbrücken.

Drei Jahre nach der Einrichtung der Städteagenda für die EU, die einen Meilenstein für Europa und die Städte darstellte und nach der kürzlich veröffentlichten Erklärung von Bukarest durch die für städtische Angelegenheiten zuständigen Ministerinnen und Minister, in welcher der aktuelle Stand der Städteagenda bewertet wurde, scheint ein guter Zeitpunkt gekommen zu sein, einen Blick in die Zukunft der Zusammenarbeit zwischen der EU und Städten zu werfen.

sollte, indem der urbanen Dimension in der EU-Politik eine höhere Bedeutung beigemessen wird und diese auch in anderen „Agenden“ wie der neuen Leipzig-Charta berücksichtigt wird.

Der partnerschaftliche Ansatz, der in die Funktionsweise der Städteagenda eingebettet ist, hat die Rahmenbedingungen für gemeinsam erarbeitete Lösungen unter Einbeziehung mehrerer Regierungs- und Verwaltungsebenen und Interessengruppen geschaffen, die sonst nicht genutzt worden wären. EURO CITIES beteiligt sich aktiv an all diesen Partnerschaften und lässt Fachwissen über städtische Entwicklungen aus europaweiter Perspektive sowie über Herausforderungen im Zusammenhang mit EU-Vorschriften und Finanzinstrumenten einfließen. Bis heute haben diese Partnerschaften viele bemerkenswerte Ergebnisse ermöglicht, u. a.:

- › Eine Empfehlung für den direkten Zugriff auf EU-Mittel für Städte zur Integration von Migranten und Flüchtlingen, um zugewiesene Mittel besser mit lokalen Verantwortlichkeiten zu verknüpfen;

- Städtische Indikatoren für die Kreislaufwirtschaft zur Überwachung des Übergangs und Stärkung der Umsetzung lokal erarbeiteter Fahrpläne;
- Ein Innovationsbeschleuniger für digitale Lösungen zur Förderung der Mitgestaltung und Nachahmung in Städten in ganz Europa.

In jedem künftigen Durchlauf der Städteagenda wird entscheidend sein, sicherzustellen, dass diese Ergebnisse und Empfehlungen von Beginn an Berücksichtigung finden.

Städtische Folgenabschätzungen haben sich als weitere erfolgreiche Möglichkeit für städtische Fachleute herausgestellt, mit Nachweisen direkt zur Politikgestaltung der EU beizutragen. Sie bieten Städten einen direkten Kommunikationskanal, um mögliche Sorgen über politische Entwicklungen direkt gegenüber politischen Entscheidungsträgern der EU zu äußern. Sie erkennen die Rolle von Städten an, die eine Vielzahl von EU-Rechtsvorschriften umsetzen und die Bedeutung der Möglichkeit, sie in Entscheidungsverfahren einzu beziehen. Dieser innovative Ansatz für gemeinsame Politikgestaltung über verschiedene Regierungs- und Verwaltungsebenen hinweg sollte helfen, bessere Ergebnisse für die Gestaltung der globalen Aussichten der EU zu erreichen.

Starke Städte

Die Entwicklungen in der EU im Zusammenhang mit der Städteagenda waren zwar größtenteils positiv, doch Spielraum für die Anpassung und Verbesserung bestimmter Aspekte ist noch immer vorhanden. Die Stärkung des Einflusses von und der Verpflichtungen in Partnerschaften wäre ein guter Anfang. Das Engagement der GD REGIO in den Partnerschaften verdient volle Anerkennung, aber die anderen Generaldirektionen müssen ebenfalls aktiv werden, besonders wenn eine Partnerschaft mit dem Aufgabenbereich einer Generaldirektion korreliert. Es würde allgemein Sinn ergeben, wenn in der Kommission Einigkeit über die Rolle ihrer Vertreterinnen und Vertreter in den jeweiligen Partnerschaften bestünde.

Der zukünftige Erfolg der Zusammenarbeit zwischen EU und Städten würde enorm davon profitieren, wenn das Generalsekretariat die Führungsrolle in der Beaufsichtigung der Arbeit der Kommission in der Städteagenda übernehmen könnte. So würde der sektorenübergreifende Ansatz für die Politikgestaltung von Stadtverwaltungen besser widerspiegelt.

Wir wünschen uns eine stärkere politische Führung in städtischen Fragen auf EU-Ebene. Aus diesem Grund haben wir die Ernennung eines Vizepräsidenten der Kommission vorgeschlagen, der sich um städtische Fragen kümmert, damit der laufende Dialog mit städtischen Führungskräften, eine strategische Ausrichtung und stärkere Koordinierung der EU-Strategien für Städte gewährleistet werden.

Ein jährlicher EU-Gipfel für städtische Führungskräfte, bei dem europäische, nationale und städtische Entscheidungsträger eine gemeinsame Agenda, Verantwortung und Maßnahmen festlegen, würde dazu beitragen, aufbauend auf den im Pakt von Amsterdam skizzierten informellen Gipfeln des Rates (wie jenem, der zur Erklärung von Bukarest geführt hat) städtische Fragen in der politischen Entscheidungsfindung zu etablieren.

EUROCITIES ist die politische Plattform großer europäischer Städte. Wir vernetzen die lokalen Regierungen von über 140 der größten europäischen Städte und mehr als 40 Partnerstädte miteinander, die rund 130 Millionen Bürgerinnen und Bürger in 39 Ländern regieren.

Das urbane Jahrhundert

Da europäische und lokale Herausforderungen eng miteinander verbunden sind, muss die lokale „urbane“ Dimension verstanden werden und in die europäische Entscheidungsfindung einfließen.

Der Einsatz der Instrumente der Städteagenda zur Einbeziehung von Städten in die Lösungsfindung für gemeinsame Herausforderungen wird dabei helfen, eine stärkere EU zu erschaffen, besonders wenn die Ergebnisse in längerfristige politische Entwicklungen der Europäischen Union eingepflegt werden.

Wir müssen die Impulse und Verantwortung der Städteagenda weiter verstärken und „städtische Fragen“ in die hochrangige Politik bringen, wo sie hingehören. Das bedeutet, sicherzustellen, dass weiterhin im Zusammenhang mit der neuen Leipzig-Charta ein schlüssiger strategischer Rahmen entwickelt wird, der die Rolle von Städten in der EU unterstützt.

Die meisten Europäerinnen und Europäer leben in Städten, daher müssen wir dafür sorgen, dass die „städtische Komponente“ auf allen Ebenen ihren Platz in der politischen Entscheidungsfindung findet. Doch auch die wertvollen Erkenntnisse aus diesen Ausflügen in die Steuerung auf mehreren Ebenen sollten genutzt und es sollte sichergestellt werden, dass wir das grundsätzliche Motiv für Politikgestaltung nicht aus den Augen verlieren. Die Arbeit mit Städten heißt, mit Menschen zusammenzuarbeiten. ■

MEHR DAZU

www.eurocities.eu

MEDIENPROGRAMM YOUTH4REGIONS

Das Medienprogramm Youth4Regions unterstützt die Entwicklung des journalistischen Nachwuchses im Bereich der Regionalpolitik. Es ermutigt die jungen Europäerinnen und Europäer, über EU-finanzierte Projekte zu kommunizieren.



Mailand erblüht

Francesca arbeitet gegenwärtig an der Wirtschaftsuniversität Luigi Bocconi in Italien an ihrem Bachelor-Abschluss in Volkswirtschaftslehre und Sozialwissenschaften und spezialisiert sich dank ihrer Erfahrungen bei einer Lokalzeitung im ersten Studienjahr nun auf Wirtschafts- und Investigativjournalismus.



Weniger als 50 Jahre vor Christi Geburt drückte der römische Dichter Vergil seinen Kummer über den Verlust seiner Felder in den melancholischen Worten von Meliboeus aus, einem alten Hirten, der sein erzwungenes Exil in der Stadt Rom erlebt. Zu dieser Zeit war Landwirtschaft die wichtigste Einnahmequelle für Menschen in Europa und Asien, die in erster Linie auf dem Land lebten, während Stadtgebiete eher zu den Treffpunkten von Intellektuellen und politischen Figuren zählten.

Seit dieser Zeit hat sich die Lage deutlich verändert: Die Erwerbsbevölkerung hat industrielle Kompetenzen erworben und sich in städtischen Zentren angesiedelt, während bewirtschaftete Ländereien sich auf Gebiete begrenzt haben, in denen Landwirtschaft in großem Maßstab betrieben wird. Zwischen diesen beiden Extremen ist eine sterile, sich

langsam verändernde Gebietstypologie entstanden: sogenannte stadtnahe Gebiete, in denen städtische und landwirtschaftliche Merkmale ineinandergreifen, manchmal mit bedauerlichen Resultaten.

Eine solche Anordnung wird unvermeidbar einen toten Punkt erreichen: ein neues Umweltbewusstsein breitet sich aus, bei dem die Nachfrage nach kostengünstigen Erzeugnissen aus der unmittelbaren Umgebung steigt, die in einer Welt, in der ländliche Gebiete sehr weit von Metropolregionen entfernt sind, schwer zu finden sein werden. Stadtgebieten fehlt es außerdem an der Homogenität des Humankapitals: Der Anteil junger Menschen, die sich weder in Ausbildung noch in Beschäftigung befinden, ist in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen; die Integration von Migrantinnen und Migranten in Städten ist noch im Gange; und viele europäische Länder wie Italien erleben die Abwanderung von Fachkräften, besonders von hochrangigen Forschenden.

Was passiert, wenn sich herausstellen sollte, dass die Weiterentwicklung von stadtnahen Gebieten eine Lösung für diese Problematik sein könnte? Die Gedichte von Vergil würden in modernen Zeiten nachklingen – sich schnell verändernde Metropolregionen müssten einen Schritt zurück machen und sich ihre Zeit als ländliche Gebiete in Erinnerung rufen.

Hier betritt „OpenAgri“ die Bildfläche: das EFRE-finanzierte Projekt, die italienische Variante der Initiative für innovative Maßnahmen für eine nachhaltige Stadtentwicklung, soll den vorgenannten Schwierigkeiten entgegenwirken, die sich aus

der modernen Beziehung zwischen Stadt und Land ergeben. Das Projekt konzentriert sich auf den Großraum Mailand, der ein hervorragendes Beispiel für eine expansive und sehr anspruchsvolle Großstadt darstellt, die von unfruchtbaren und halb verlassenen Gebieten umgeben ist, die gegenwärtig weder als bewohnte Gebiete noch als Anbauflächen dienen.

Mit dem Motto „Neue Kompetenzen für neue Arbeitsplätze in der stadtnahen Landwirtschaft“ zielt OpenAgri darauf ab, Synergien zwischen ländlichen Ressourcen in stadtnahen Gebieten sowie Humankapital und technischen Fortschritt zu schaffen.

Die Idee zu diesem Projekt hatte Rossana Torri, Professorin an der Polytechnischen Universität Italiens im Jahr 2016. Dabei wurde sie erheblich von der Stadt Mailand unterstützt, die in OpenAgri sowohl ein Vermächtnis der nachhaltigen Lebensmittelpolitik der Stadt als auch starke Anreize für Start-ups, innovative KMU und soziale Integration sah.

Für ein besseres Verständnis der Arbeit von OpenAgri müssen wir das neue Projektzentrum, Cascina Nosedo, vorstellen, ein ländliches Gebäude am Rande des Großraums Mailand. Dieses hochtechnisierte und innovative Zentrum soll die fortschrittlichsten Forschungstätigkeiten des Projekts beherbergen, darunter OffiCucina, das Aquaponik-Gewächshaus und das Entwicklungszentrum.

Das Entwicklungszentrum ist mit Abstand das fruchtbarste und bahnbrechendste Element von OpenAgri und zielt darauf ab, eine Vorreiterrolle in der stadtnahen Land- und Ernährungswirtschaft Europas einzunehmen. Es konzentriert sich auf 18 ausgewählte Aktivitäten, die durch ihre hochmodernen Ideen zu ökologischen, technologischen und gesellschaftlichen Lösungen gekennzeichnet sind.

Von „SMAF – Smart Agriculture for Flowers“ (Intelligente Landwirtschaft für Blumen) erwartet man sich beispielsweise eine bahnbrechende Innovation zur Optimierung des Wasserverbrauchs. Dabei soll ein „multifunktionales Projekt der Präzisionslandwirtschaft“ durchgeführt werden, das den „Anbau alimurgischer, essbarer aromatischer Blumen mithilfe intelligenter landwirtschaftlicher Lösungen“ umfasst.

Eine weitere beachtenswerte Tätigkeit übt IO P-ORTO aus, eine Genossenschaft, die einen „Weg für die Arbeitsvermittlung von Migrantinnen und Migranten auf der Grundlage unterschiedlicher Aktivitäten aufzeigt, u. a.: Weltgarten, Stadtgärten und das Modell ‚selber pflücken‘, das von Migrantinnen und Migranten verwaltet wird“.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Stadt Mailand mit erheblicher Unterstützung durch die EU einen ganzheitlichen und fortschrittlichen Ansatz auf den Weg gebracht hat, um das Niveau der Nachhaltigkeit in der Lebensmittelproduktion zu erhöhen und zugleich neue hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und den sozialen Zusammenhalt durch die Wiederbelebung verlassener stadtnaher Gebiete zu stärken.

Die in den Gedichten von Vergil beschriebene ländliche Atmosphäre wurde mittlerweile an die Bedürfnisse des städtischen Lebens im 21. Jahrhundert angepasst. Stadt und Land sind nicht mehr länger voneinander getrennte und unvereinbare Realitäten, sondern verändern sich auf homogene Weise mithilfe einer Kombination des technischen Fortschritts, der aus Metropolregionen bekannt ist, und der ökologischen Nachhaltigkeit ländlicher Gebiete.

*” Wir verlassen das Gebiet der Heimat und seine lieblichen Äcker:
Wir fliehen aus der Heimat – du, Tityrus, lehrst, müßig im Schatten liegend,
die Wälder, das Lied von der schönen Amaryllis im Echo zurückzuwerfen. “*

Vergil, Ekloge I



Soziale Integration für eine bessere Zukunft: wie Musik in unseren Ohren

Kinder von der Straße holen und sie in ein soziales Umfeld aus Lernen, Disziplin und Respekt einbetten. Dieses Ziel verfolgt das Projekt Orquestra Geração, das von der Europäischen Union unterstützt wird und seit 2007 Früchte trägt.

Das Projekt fing ganz klein an der Grundschule Miguel Torga in Amadora in Portugal an, doch heute nehmen inzwischen 22 Schulen an dieser Initiative teil. Bei Orquestra Geração, also dem Generationenorchester, handelt es sich um eine soziale Maßnahme, die an Schulen in problematischen Gegenden umgesetzt wird. Die Idee ist, Schülerinnen und Schülern neben dem normalen Unterricht von der ersten bis zur dritten Klasse in der Grundschule kostenlos musikalische Erziehung anzubieten.

Das Projekt für musikalische Erziehung, das durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung mit mehr als

350 000 EUR kofinanziert wird, geht auf eine Philosophie zurück, die ursprünglich nicht aus Europa, sondern Venezuela stammt. Im Jahr 1973 ging José António Abreu mit „El Sistema“ also „dem System“ voran, einem Modell, das seitdem weltweit übernommen wurde.

Abreu war ein erfolgreicher Musikstudent und Pianist und erstellte ein Konzept, das Kinder in benachteiligten Gebieten in seinem Land ermutigen sollte. Ausgehend davon gründete er das nationale venezolanische System der Jugend- und Kinderorchester mit mehr als 900 000 Schülern und 10 000 Lehrern.

Dieses Modell konnte erfolgreich auf Portugal übertragen werden. Das Orquestra Geração wird von der nationalen Musikhochschule und dem Verband der Jugendsinfonieorchester des portugiesischen Jugendsystems geleitet. Dank 80 Lehrerinnen und Lehrern, die sich diesem Projekt widmen, wird die zunehmende Nachfrage allmählich befriedigt. Schülerinnen und Schüler können ein Instrument für das Sinfonieorchester, Schlagzeug





Maria Inês strebt ihren Abschluss in Kommunikation/Journalismus an der Universität Porto im kommenden Jahr an. Sie hat ein reges Interesse an internationalen Fragen und schöpft ihre Möglichkeiten als junge Journalistin durch Beiträge in verschiedenen universitären Zeitungen und Magazinen bestmöglich aus.



Lima glaubt, dass die Teilnahme an einem Orchester helfen kann, die „Schwierigkeiten“ einiger Schülerinnen und Schüler und die „hohe Abbrecherquote“ an diesen Schulen zu überwinden. Durch die intensiven Orchesterproben und den Musikunterricht, die nun die außerschulische Zeit der Schülerinnen und Schüler einnehmen, wird es möglich, junge Menschen in die Gesellschaft zu integrieren und ihre Entwicklung und ihr Selbstwertgefühl zu fördern. „Teamwork“, „Zusammenarbeit, Engagement und Respekt“ sind nach Limas Meinung die zentralen Werte dieser Generation.

oder Chorinstrumente auswählen. Die Vielfalt sorgt dafür, dass jeder eine wichtige Rolle in der Gruppe spielt und stärkt die Idee der Zusammenarbeit an einem gemeinsamen Ziel.

Integration ist hier das Schlüsselwort. Helena Lima, Bildungsbeauftragte von Orquestra Geração, hebt die Bedeutung der Zusammensetzung dieses Netzwerks der Jugendorchester hervor, mit dem ein Bildungserlebnis für alle sichergestellt wird, besonders für „Kinder und Jugendliche, die sozial und schulisch benachteiligt sind“. In der Tat hat das Projekt ein prägendes soziales Element im Zusammenhang mit Bildung und hilft, einige der Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen, die im Unterricht an Schulen, die als problematisch eingestuft werden, ermittelt wurden.

Das Orchester möchte seine Aktivitäten in Zukunft ausweiten und grenzüberschreitende Projekte fördern, besonders in portugiesischsprachigen afrikanischen Ländern. Vorerst erfüllt die Initiative ihre Ziele und viele junge Menschen sehen es als großartige Gelegenheit an, ihre Freizeit mit dem Einüben einer Partitur oder der Übung einer Tonleiter zu verbringen, die noch nicht perfekt sitzt. Projekte der sozialen Integration wie dieses sind von entscheidender Bedeutung, um eine ungehinderte Entwicklung in der Gesellschaft zu erreichen und den Kampf gegen Ungleichheiten aufzunehmen. Und davon zu erfahren, kann nur wie Musik in unseren Ohren klingen. ■

Beobachtung der Investitionsfortschritte in der Kohäsionspolitik

Die Kommission veröffentlichte im September 2019 ihre aktuellsten Daten zu Investitionsfortschritten im Rahmen der Programme der Kohäsionspolitik 2014-2020. Von Juni 2018 bis Juni 2019 stieg das Gesamtvolumen der Projekten in der Realwirtschaft zugewiesenen Investitionen um rund 90 Mrd. EUR. Der Anteil des Haushalts der Kohäsionspolitik für 2014-2020 für Projekte liegt bei 81 % der insgesamt zur Verfügung gestellten 485 Mrd. EUR. Zugleich haben Zahlungen an Projekte 29,4 % des Gesamthaushalts von 143 Mrd. EUR erreicht.

1. Was sagen uns die Daten neben den großen Zahlen in der Überschrift?

Die detaillierten Daten bieten uns „Informationslandkarten“ über Investitionsfortschritte, gefiltert nach Fonds, Land, Thema und den einzelnen Programmen. Zum Beispiel wird unter jedem Fonds der Kohäsionspolitik ein unterschiedlicher Fortschritt angezeigt.

Investitionsfortschritte der Kohäsionspolitik 2014-2020 nach Fonds Ende Juni 2019 (Mrd. EUR)

	Insgesamt geplante Investition 2014-2020	Insgesamt beschlossene Investition im Juni 2019	% beschlossen	Gesamtausgaben im Juni 2019	% Ausgaben
KF	74,8	67,9	91 %	23,3	31 %
EFRE	278,9	225,4	81 %	75,2	27 %
ESF	120,7	91,1	75 %	38,7	32 %
YEI	10,3	9,2	89 %	5,2	51 %
Gesamtsumme	484,8	393,6	81 %	142,5	29 %

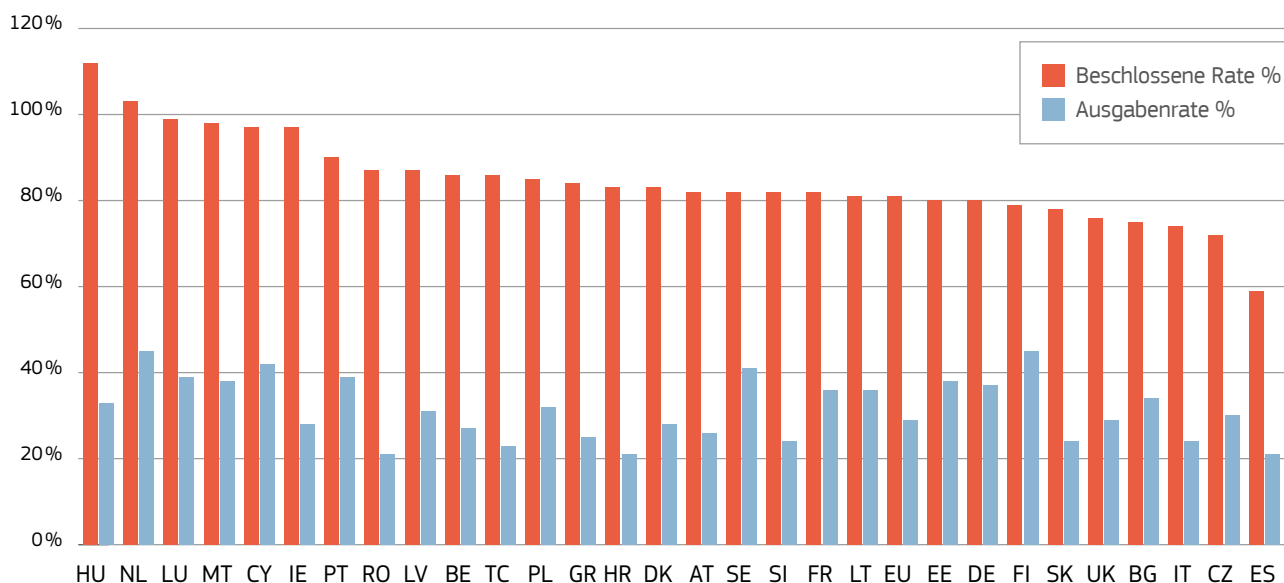
Der Investitionsfortschritt unterscheidet sich auch zwischen einzelnen Ländern erheblich: Ungarn, die Niederlande, Luxemburg und Zypern haben die höchsten Raten bei (beschlossenen) Projekten zugewiesenen Investitionen der Kohäsionspolitik. Die Niederlande, Finnland, Zypern und Schweden gehören zu den stärksten Akteuren im Bereich der Auszahlungen.

2. Warum scheinen manche Länder stets über oder unter dem EU-Durchschnitt zu liegen?

Es gibt bedeutende Unterschiede im Anteil beschlossener Projekte und der Auszahlungen gegenüber den durchschnittlichen Anteilen. Die Unterschiede in „beschlossenen Anteilen“ sind teilweise auf nationale Praktiken in der Auswahl mehr oder weniger ausgereifter Projekte oder Verzögerungen im Auswahlverfahren zurückzuführen. Verzögerungen in der Auszahlung können auf Faktoren wie eine langsame Auswahl, eine hohe Präsenz mehrjähriger Infrastrukturprojekte oder die Auswahl weniger ausgereifter Projekte zurückgehen.

Weitere Informationen erhalten Sie in dieser Geschichte über Daten <https://t.co/AMPl0GsUAb>, in der erklärt wird, wie die neueste Grafik – das Streudiagramm „Flaggenverteilung“ – zu lesen ist und einige potenzielle Gründe für die unterschiedlichen Fortschritte angeführt werden.

Investitionsfortschritte der Kohäsionspolitik 2014-2020 nach Land Ende Juni 2019



Quelle: OFFENE DATENPLATTFORM DER ESI-FONDS <https://t.co/SisUVGjm6x>
Interaktive Grafik mit nominalen EUR-Werten: <https://t.co/kJHDLSeVmg>

3. Wer wird sich für den Datensatz interessieren?

Der Datensatz wird für eine Reihe von Interessenvertretern und Forschern der Kohäsionspolitik von Interesse sein. Bis August 2019 hatten sich mehr als 29 000 Nutzer den Datensatz angesehen und fast 6 000 Nutzer hatten ihn heruntergeladen.

Diese Daten erleichtern die Überwachung des Einsatzes geplanter Investitionen. Angesichts der umfassenden Programmplanung und thematischen Details und der Tatsache, dass er über jährliche Momentaufnahmen verfügt, ist der Datensatz eine wichtige Bezugsquelle für Informationen über den Investitionsfortschritt.

4. Wie werden die Daten erstellt?

Die Programme der Kohäsionspolitik erheben Finanzdaten von beschlossenen (ausgewählten) Projekten und erstatten dreimal

im Jahr an die Kommission Bericht. Die Abschluss-Stichtage sind der 31. Dezember, der 30. Juni und der 30. September. Die Kommission vergleicht die Finanzdaten daraufhin mit den Finanzplänen der Programme. Der Datensatz wird regelmäßig aktualisiert, um Korrekturen durch die Programme einfließen zu lassen.

Die Daten auf der offenen Datenplattform der ESI-Fonds erkunden:

Auf der offenen Datenplattform der ESI-Fonds finden Sie vorformatierte Grafiken über „eingesetzte Finanzmittel“, die Einblicke in die Daten auf den Seiten für Übersicht, Thema, Fonds, Land und Programm bieten: <https://cohesiondata.ec.europa.eu/overview>

Diese Geschichte über Daten erklärt, wie animierte Streudiagramme auf der Grundlage von Finanzdaten zu interpretieren sind: <https://t.co/AMPl0GsUAb> ■

Gibt es ein Thema, das Ihrer Ansicht nach in künftigen *Panorama* DATENPUNKT-Artikeln behandelt werden sollte?

Gibt es einen Datensatz, den wir auf die offene Datenplattform der ESI-Fonds stellen sollen?

Dann senden Sie eine E-Mail an: REGIO-EVAL@ec.europa.eu

Folgen Sie der Diskussion auf TWITTER [#ESIFOpenData](https://twitter.com/ESIFOpenData)

oder abonnieren Sie unseren Newsletter: <https://europa.eu/IUM69Hx>



#CohesionEval2019 In unsere gemeinsame Zukunft investieren

Am 20.-21. Juni 2019 fand in Bukarest die 8. Konferenz über die Bewertung der Kohäsionspolitik statt, die von der Kommission unter der Schirmherrschaft der Rumänischen Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union ausgerichtet wurde. Das Konferenzmotto „In unsere gemeinsame Zukunft investieren“ stellt eine Erinnerung an den Grundsatz der Solidarität dar, auf dem die Kohäsionspolitik aufbaut. Zudem wird darauf hingewiesen, dass für diese Politik, die unter gemeinsamer Verwaltung umgesetzt wird, die Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten entscheidend ist.

In ihrer Eröffnungsrede der Konferenz betonte Kommissarin Corina Crețu, dass die Politik Investitionen unterstützt, um die Lebensqualität der EU-Bürgerinnen und -Bürger zu verbessern. Die Kommissarin führte im Zusammenhang mit dem kommenden Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) die wesentlichen Herausforderungen für die künftige Kohäsionspolitik an. Dazu zählte die Stützung auf Belege erfolgreicher Verfahren, um die starke Leistungsorientierung in der Vorbereitung der kommenden Programme kontinuierlich zu verbessern und Verbindungen mit dem Europäischen Semester zu stärken.

Der stellvertretende Ministerpräsident Daniel Suciuc begrüßte die Konferenzteilnehmer und hob die Fähigkeit der Kohäsionspolitik hervor, sich stetig anzupassen, wodurch sie trotz sich verändernder Umstände relevant bleibt. In ihrer Rede betonte die rumänische Ministerin für die Verwaltung der europäischen Fonds Roxana Mînzatu die Wichtigkeit der Bewertung der Kohäsionspolitik, um konkrete Ergebnisse unter den Bürgerinnen und Bürgern zu verbreiten und somit keine unbegründete Kritik aufkommt. Michael Schneider, Mitglied des Europäischen Ausschusses der Regionen, unterstrich, dass die Bewertung ein zentrales Instrument ist, um aufzuzeigen, wie diese Politik einen Beitrag geleistet hat, um EU-Regionen positiv zu verändern.

Arbeit an ihrer Rolle

Während der zweitägigen Debatte sprachen Fachleute in acht thematischen Workshops über die Rolle und Funktion von Überwachung und Bewertung in verschiedenen Szenarien wie bei integrierten territorialen Strategien und Strategien für intelligente Spezialisierung. In gleichzeitig stattfindenden Workshops gehörten die Verwaltung von Big Data, ihre Verfügbarkeit und Zuverlässigkeit sowie Bewertungssysteme auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu den wichtigsten besprochenen Themen. Der provokative Titel des fünften Workshops, der sich auf den Beitrag der *Ex-post*-Bewertung für den Zeitraum 2007-2013 zur Vereinfachung und Flexibilität des Kommissionsvorschlags für den kommenden Programmplanungszeitraum konzentrierte, war „Was hat sich in der Kohäsionspolitik bewährt und was funktioniert nicht?“

Das Publikum wurde daraufhin durch folgende Frage herausgefordert: „Welche besonders wichtige Rolle übernimmt die Bewertung?“ Rechenschaftspflicht, politische Lernprozesse und Kommunikation wurden als die wichtigsten Elemente hervorgehoben, für die eine Bewertung nützlich ist. Sie wurden hernach in der abschließenden Podiumsdiskussion besprochen.

Bewertung als Impulsgeber

Iliana Ivanova, Doyenne der Kammer II „Investitionen für Kohäsion, Wachstum und Integration“ im Europäischen Rechnungshof unterstrich, dass *Ex-ante*-Bewertungen, Halbzeitbewertungen und *Ex-post*-Bewertungen allesamt wichtig sind und sich ergänzen: Einige sind in der Gestaltung der Politik von Bedeutung, während andere für die Veranschaulichung der Ergebnisse und die Stärkung der Rechenschaftspflicht gegenüber Bürgerinnen und Bürgern notwendig sind.

Die Referatsleiterin für Evaluierung und Europäisches Semester in der GD REGIO Mariana Hristcheva ist der Ansicht, dass Bewertung ein echter Impulsgeber sein kann. Sie kann klarstellen, ob Investitionen gut strukturiert und gut positioniert waren und einen Mehrwert bieten können. So spielt die Bewertung eine wichtige Rolle für die Verbesserung der künftigen Gestaltung und Umsetzung der Politik.

Voraussetzungen für die Durchführung von Bewertungen auf solider Evidenzbasis sind die Verfügbarkeit und Zuverlässigkeit von Daten. Die Vorsitzende des Ausschusses für Regulierungskontrolle, Veronica Gaffey, betonte jedoch, dass man sich nicht schützend hinter großen Zahlen verstecken sollte, um Fehler in der öffentlichen Politik zu verschleiern: Politikerinnen und Politiker sollten anstreben, ein starkes Narrativ zu entwickeln, um Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu bieten, die Ergebnisse zu verstehen. Zudem sollte erklärt werden, warum manche Programme womöglich ihre geplanten Ziele nicht erreichen können.

Kohäsionsmaßnahmen befassen sich unter anderem mit innovativen und bahnbrechenden Ideen, die bereits aufgrund ihrer Beschaffenheit mit Risiken verbunden sind. Nach Meinung von Philip McCann, Professor an der Management School der Universität Sheffield, sollten dieser Politik Fehler zugestanden werden und Politiker müssten anerkennen, dass Erprobung nicht immer zu Erfolgen führt. Die Bewertung stellt keine Urteile und Einstufungen dar; es geht darum, Rückmeldungen zu geben, um die Politik zu verbessern.

Informationsverbreitung

Vertrauensvolle Beziehungen und gute Kommunikationspläne für die Verbreitung der Bewertungsergebnisse können Situa-

tionen verhindern, in denen Kritiker bestimmte negative Resultate übertrieben darstellen, um die Politik anzugreifen. Bei positiven Errungenschaften kann es manchmal länger dauern, bis sie sich zeigen, dafür können daraus längerfristige Effekte und Auswirkungen entstehen. Darüber hinaus sollten Politiker und Fachleute Ergebnisse und Misserfolge mithilfe unterschiedlicher Ansätze in Abhängigkeit vom Publikum kommunizieren und es vermeiden, in die Falle der Vereinfachung zu treten, indem sie eine „Marketingaktion“ starten.

Mihaela Toader, Staatssekretärin im rumänischen Ministerium für die Verwaltung der europäischen Fonds hielt die Abschlussrede der Konferenz und hob die stets geltende Bedeutung strukturierter Bewertungen hervor: Programmplaner benötigen Bewertungen, um Möglichkeiten zur Verbesserung zu erkennen; Bürger und Steuerzahler brauchen die Bewertung, um zu sehen, wie ihr Geld ausgegeben wurde; und Politiker sind darauf angewiesen, um ihre Maßnahmen in der künftigen Politikgestaltung durchzusetzen.

Neben der Debatte über die Bewertung und weitere Verbesserungen stellte die Konferenz ebenso eine großartige Möglichkeit zur Vernetzung für Interessengruppen dar, die u. a. aus Wissenschaft und Praxis stammten und zu denen politische Entscheidungsträger und Führungskräfte aus den Mitgliedstaaten gehörten.

Die bedeutsame Arbeit im Bereich der Kohäsionspolitik und die Rolle der Kommission als starker Organisator und Förderer der Bewertung wurden allgemein anerkannt. Eric von Breska, Direktor in der GD REGIO betonte, dass Bewertung ein Eckpfeiler im politischen Prozess ist, in dem das Bewertungsverfahren und seine Ergebnisse eingesetzt werden, um die Durchführung von Programmen zu unterstützen und die politische Zukunft zu gestalten. Die wichtigste Priorität wird es sein, realistische und ehrgeizige Ziele festzulegen, um klare und gezielte Kohäsionsmaßnahmen für die Bewältigung der kommenden Herausforderungen umzusetzen. ■



MEHR DAZU

Webseite der Konferenz, auf der die Präsentationen, Videos und Poster der Mitgliedstaaten zur Bewertung abrufbar sind: <https://europa.eu/lup98Ct>

Offene Datenplattform der ESI-Fonds: <https://cohesiondata.ec.europa.eu/>

Das Bewertungsnetzwerk: https://ec.europa.eu/regional_policy/en/policy/evaluations/network/



EU-Solidaritätsfonds 2002-2017: auf alle Ereignisse vorbereitet

Der Solidaritätsfonds der Europäischen Union ist ein im Jahr 2002 eingerichtetes politisches Instrument, das EU-Maßnahmen nach großen Katastrophen wie Überschwemmungen, Erdbeben, Vulkanausbrüchen, Waldbränden, Dürren und anderen Naturkatastrophen in EU-Mitgliedstaaten und Beitrittsländern unterstützt. Der Fonds kann nach einem Antrag des betroffenen Landes mobilisiert werden, sofern das Katastrophenereignis einen Eingriff auf europäischer Ebene rechtfertigt.

Im Jahr 2014 wurde der Rechtsrahmen des EU-Solidaritätsfonds (EUSF) überarbeitet: Die Maßnahmen des Solidaritätsfonds werden nun durch Verordnung (EG) Nr. 2012/2002 des Rates entsprechend der durch Verordnung (EU) Nr. 661/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates eingeführten Änderungen geregelt. Mit der Reform wurde eine Reihe an Änderungen in den Aktivitäten des Fonds vorgenommen, z. B. die Klarstellung der Zulassungskriterien für Anträge nach regionalen Katastrophen, die Verlängerung der vorgeschriebenen Frist für Anträge, die Verlängerung des Durchführungszeitraums sowie die Einführung von Vorschusszahlungen.

Zwischen 2002 und 2017 mobilisierte der Solidaritätsfonds 5,24 Mrd. EUR für Maßnahmen nach 84 Katastrophenereignissen in 23 Mitgliedstaaten und einem Beitrittsland. Rund 90% dieser Mittel wurden nach Katastrophen zugewiesen, die erhebliche Schäden auf nationaler Ebene verursacht haben, in erster Linie für Hilfe nach Erdbeben, Überschwemmungen und Stürmen.

Trotzdem greift der Fonds auch bei geografisch eingeschränkten Katastrophen wie regionalen Ereignissen und Ereignissen in Nachbarländern ein. Die Abbildung zeigt die Verteilung aller Maßnahmen des Solidaritätsfonds nach Jahr der Katastrophe, Kategorie der Katastrophe (groß, regional, Nachbarländer), Art der Katastrophe (Überschwemmungen, Stürme, Erdbeben, Waldbrände) und Höhe der EU-Unterstützung (angegeben durch die Größe der Blase).

Wie angezeigt, ist ein Merkmal des Umfeldes, in dem der Fonds eingesetzt wird, die hohe Unvorhersehbarkeit der Häufigkeit und des Ausmaßes von Katastrophenereignissen pro Jahr. Im Hinblick auf die Häufigkeit waren die Spitzenjahre mit zahlreichen Katastrophenereignissen 2010 und 2014 (mit jeweils mindestens zehn jährlichen Katastrophen), während die ruhigsten Jahre für den Solidaritätsfonds 2004, 2006 und 2011 darstellten.

Erhebliche Verbesserungen

Aus den genannten Gründen werden die Mittel für den Fonds nicht jährlich im EU-Haushalt verbindlich festgelegt. Sie beruhen eher auf einer jährlichen Haushaltsobergrenze, die seit 2014 bei 500 Mio. EUR in Preisen von 2011 liegt. Es besteht dabei die Möglichkeit, die im aktuellen Jahr nicht genutzten Mittel ins kommende Jahr mitzunehmen.

In die Bewertung des Solidaritätsfonds seit seiner Einrichtung im Jahr 2002 bis 2017 werden sein Einsatz und seine Leistung im Hinblick auf die Wirksamkeit und zeitliche Effizienz der Genehmigung sowie die Durchführung und den Abschluss von Maßnahmen; die Rolle der Überprüfung des Fonds im Jahr 2014; die Synergien zwischen dem Solidaritätsfonds und anderen politischen Instrumenten der EU im Katastrophenrisikomanagement; sowie die Sichtweisen der Interessengruppen über den EU-Mehrwert dieses politischen Instrumentes und seine Rolle für die Anregung weiterer politischer Entwicklungen der nationalen Systeme für Katastrophenvorsorge analysiert.

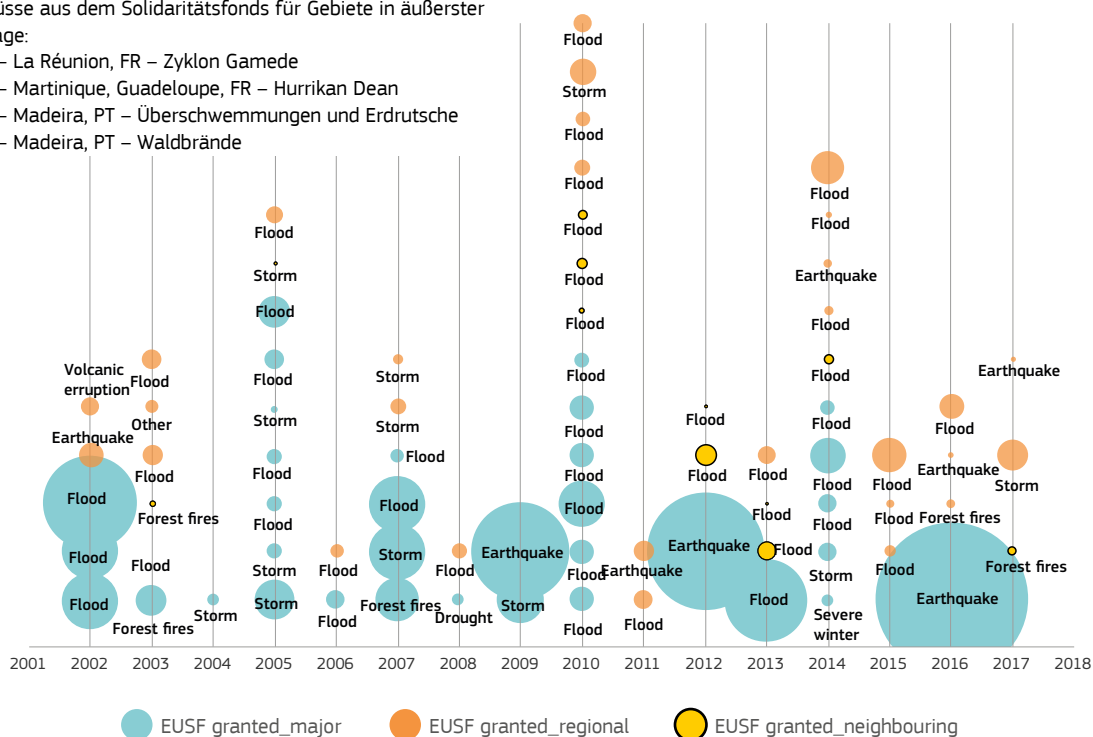
Die Bewertung wurde zwischen September 2018 und März 2019 durchgeführt, befolgte die Grundsätze für eine bessere Rechtsetzung der Kommission und bot Nachweise für die fünf Bewertungskriterien: Wirksamkeit, Effizienz, Kohärenz, Relevanz und Mehrwert für die EU. Zusätzlich wurde das für das Instrument spezifische Bewertungskriterium der EU-Solidarität berücksichtigt.

In der Bewertung wurde festgestellt, dass sich der Einsatz des Fonds, besonders nach der Reform 2014, erheblich verbessert hat, insbesondere in Bezug auf den Anteil der genehmigten Anträge bei regionalen Katastrophen und die Zeit zur Bereitstellung des Fonds vor Ort.

EU-Solidaritätsfonds 2002-2017 (nach Jahr, Kategorie und Art der Katastrophe sowie Größe des Zuschusses)

Zuschüsse aus dem Solidaritätsfonds für Gebiete in äußerster Randlage:

- 2007 – La Réunion, FR – Zyklon Gamede
- 2007 – Martinique, Guadeloupe, FR – Hurrikan Dean
- 2010 – Madeira, PT – Überschwemmungen und Erdbeben
- 2016 – Madeira, PT – Waldbrände



^ Die Abbildung zeigt 84 Fälle für den Solidaritätsfonds, bei denen die Bereitstellung von Mitteln für Katastrophen, die sich zwischen 2002 und 2017 ereigneten, genehmigt wurde.

Quelle: Europäische Kommission, Kontrolldaten 2002-2017

Nach der Reform im Jahr 2014 stieg die Wahrscheinlichkeit für erfolgreiche Anträge auf Unterstützung aus dem Solidaritätsfonds für regionale Katastrophen von 31% auf 85%, nachdem die Unsicherheit im Hinblick auf die Zulässigkeit von Anträgen beseitigt wurde. Was die Geschwindigkeit der Bereitstellung angeht, konnte der Zeitraum vom Antrag bis zur Zahlung der vollständigen Unterstützung aus dem Solidaritätsfonds um 12% verringert werden, beträgt aber noch immer rund ein Jahr. Anfängliche finanzielle Engpässe in durch erhebliche Naturkatastrophen betroffenen Mitgliedstaaten können trotzdem durch Beantragung von Vorschusszahlungen aus dem Solidaritätsfonds innerhalb kurzer Zeit nach dem Antrag überwunden werden.

In der Analyse der Bewertung wurden zudem Wege für Weiterentwicklungen aufgezeigt, wie zum Beispiel eine bessere Abstimmung der Beihilfevoraussetzungen des Fonds mit dem Grundsatz der Katastrophenvorsorge „das Neue sollte besser sein als das Alte“, nach dem die Phase des Wiederaufbaus nach einer Katastrophe wichtig für den Aufbau einer widerstandsfähigen Infrastruktur ist.

Weiterer Spielraum für Verbesserungen besteht zum Beispiel in der Förderung bewährter Verfahren und in der Entwicklung robuster Methoden für die Schadensabschätzung im Mitgliedstaat, um den optimalen Einsatz der Mittel aus dem Solidaritätsfonds sicherzustellen. Die Kommunikationsbemühungen für Maßnahmen des Solidaritätsfonds werden ebenfalls ver-

stärkt, um die Sichtbarkeit der Solidaritätsanstrengungen der EU in den Mitgliedstaaten zu erhöhen.

Zusammenfassend wird in der Bewertung festgestellt, dass es sich bei diesem Fonds um ein anpassbares und flexibles Instrument für EU-Maßnahmen in Krisensituationen handelt, das der EU einen Mehrwert in der Reaktion auf Katastrophen in Mitgliedstaaten und Beitrittsländern bietet.

Die Kommission schlägt vor, die Rechtsgrundlage des Solidaritätsfonds in Zukunft zu ändern, damit er in den Mitgliedstaaten ebenfalls eingesetzt werden kann, um die Auswirkungen des Rückzugs des Vereinigten Königreichs aus der EU in den am stärksten betroffenen Gebieten und Sektoren abzuschwächen, besonders bei kleinen und mittleren Unternehmen, die signifikant vom Vereinigten Königreich und öffentlichen Verwaltungen abhängig sind. Die Kommission schlägt außerdem vor, die Vorschusszahlungen aus dem Fonds von 10% auf 25% (bzw. maximal 100 Mio. EUR) der finanziellen Gesamtunterstützung zu erhöhen, um die Bereitstellung dieser Mittel in den beantragenden Mitgliedstaaten zu beschleunigen. ■

MEHR DAZU

Vorschlag der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2012/2002 des Rates:

<https://europa.eu/!Kp48yu>

<https://europa.eu/!Hx63Jd>

Das Roadtrip-Projekt macht sich wieder auf den Weg

Im zweiten Jahr des Roadtrip-Projekts der GD REGIO besuchen zwei aus vier jungen Menschen bestehende Teams zeitgleich insgesamt 17 EU-Länder und hoffen, das Abenteuer ihres Lebens zu finden. Zu jedem Team zählen ein Videofilmer, ein Texter, ein Fotograf und ein Moderator, deren Aufgabe es ist, ihre zahlreichen Erlebnisse aufzuzeichnen, wenn sie EU-finanzierte Projekte in den vielfältigen Regionen Europas besuchen und mehr über sie erfahren.

Die Reise des Teams „Travelbug“ beginnt auf der Insel Åland in Finnland und endet auf den zu Spanien gehörigen Kanarischen Inseln.

Die 22-jährige Schauspielerin **Dayana** stammt aus Bulgarien und lebt mittlerweile in England. Sie ist ein sehr geselliger Mensch und genießt es, Zeit im Freien zu verbringen und neue Freundschaften zu schließen. In ihrer Freizeit betreibt sie Sport und geht einer ihrer größten Leidenschaften nach: dem Lesen und Schreiben von Gedichten.

Der 27-jährige Rumäne **Rares** lebt seit zwölf Jahren in Italien. Seine berufliche Laufbahn begann in der interkulturellen Meditation, diese hat er jedoch zugunsten seiner großen Leidenschaft aufgegeben: Fotografie. Er erschafft gerne neue Dinge, Entspannung findet er in PC-Spielen, Filmen, Fernsehserien und auf YouTube. Sein Lieblingszitat: „Kreativität ist die neue Lese- und Schreibfähigkeit!“

Der 19-jährige **Elliot** aus Schweden hat kürzlich sein Abitur gemacht und träumt davon, sich als Fotograf und Videofilmer selbstständig zu machen. Er ist ein autodidaktischer YouTube- und Amateur-Filmer, der sich für unabhängige Dokumentarfilme begeistert – besonders für solche, die die Schönheit der Erde zeigen. Wenn er eine Pause benötigt, macht er lange Spaziergänge, trinkt Kaffee und hört Musik. Vielleicht kann er auf dieser Reise sogar seinen eigenen Dokumentarfilm drehen!

Die 24-jährige **Vanessa** aus Südafrika lebt in Ungarn und macht dort ihren Master-Abschluss. Sie hat seit jeher davon geträumt, durch Europa zu reisen, daher hat sie die Chance beim Schopf gepackt, als sie sich ergab. In ihrer Freizeit liest Vanessa gerne Selbsthilfebücher und erstellt Inhalte für ihren Blog über Lebensmittel und Ernährung.

Die Reise des Teams „Calma“ beginnt in Dublin in Irland und endet in Nikosia auf Zypern.

Der 23-jährige Vlogger **Panos** aus Zypern hat in den vergangenen vier Jahren in Griechenland, Australien und Zypern gelebt. Er ist mit seiner Kamera durch Asien gereist und war Teil eines 100 Tage andauernden Reiseprojekts, das die Welt mittels Freundschaften miteinander verbinden soll. Er schläft gerne, nimmt sich gern selbst auf die Schippe, genießt die Sonnenseiten des Lebens und bringt Menschen gern zum Lachen (durchaus erfolgreich).

Die 22-jährige **Selina** aus Deutschland hat in den vergangenen Jahren in vier unterschiedlichen Städten gelebt. Sie hat kürzlich ihren Bachelor-Abschluss in Journalismus erworben und geht ihrer Leidenschaft nach, über gesellschaftliche und ökologische Themen zu berichten. In ihrer Freizeit besucht Selina gerne Musikfestivals, verbringt Zeit in der Natur und probiert neue Dinge aus.

Der 26-jährige **Wijnand** ist ein Filmemacher aus den Niederlanden. Er aß früher gerne Fleisch, ist aus ethischen Gründen aber Vegetarier geworden. Was die Reise angeht, so freut er sich darauf, Menschen zu begegnen und sich während dieses Abenteuers ihre Geschichten anzuhören: Wie war die Kindheit, welche Motivation haben sie und was erwarten sie für die Zukunft?

Die 19-jährige Studentin **Olga** aus Polen legt gerade ein Überbrückungsjahr ein, um das Abenteuer ihres Lebens zu beginnen. Sie liebt Kunst und begeistert sich für die Wissenschaft. Sie erhofft sich vom Roadtrip-Projekt bleibende Erinnerungen, die sie sich in den kommenden Jahren gerne ins Gedächtnis rufen wird. ■

MEHR DAZU

<https://roadtripproject.eu/>





Kanufahren im ungarischen Landschaftsschutzgebiet Tokaj-Bodrogyuz

Eintauchen in europäisches Industrieerbe im Kohlebergwerk und Museum in Schlesien, Polen



Gemeinsames Foto in Luxemburg mit Charles Elsen, einem der Unterzeichner des Schengener Abkommens



Erklettern eines Aussichtspunktes in Deutschland für einen Blick auf den Landschaftspark in Duisburg



PANORAMA
freut sich auf
Ihre Beiträge!

„Mit eigenen Worten“ ist der Abschnitt in *Panorama*, in dem Akteure auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene ihre Erfolge für den Zeitraum 2014-2020 darlegen und ihre Ansichten zu den laufenden und entscheidenden

Diskussionen über die Kohäsionspolitik nach 2020 teilen. *Panorama* freut sich auf Ihre Beiträge in Ihrer Sprache, die eventuell in künftigen Ausgaben erscheinen werden. Bitte kontaktieren Sie uns unter regio-panorama@ec.europa.eu für weitere Informationen zu Richtlinien und Fristen.

Niedersächsische Richtlinie für soziale Innovation – Bewältigung des gesellschaftlichen Wandels

Unsere Gesellschaft erlebt einen immer schnelleren strukturellen Wandel, der teilweise auf demografische Veränderungen und die Digitalisierung zurückzuführen ist. Technische Innovationen allein reichen nicht, um diesen Wandel zu bewältigen. Seit einigen Jahren prüft Niedersachsen daher soziale Innovationen, die darauf ausgerichtet sind, gesellschaftliche Strukturen aufzubrechen.

Im aktuellen Förderzeitraum der EU dürfen die ESF-Mittel erstmals eingesetzt werden, um soziale Innovationen zu unterstützen. Die niedersächsische Richtlinie „Soziale Innovation“ fördert „innovative Ansätze, die zur Lösung sozialer Herausforderungen und zur Deckung lokaler und regionaler Bedarfe beitragen“.

Der breite Anwendungsbereich der Förderung bietet Projektträgern einen größtmöglichen Spielraum. Niedersachsen hat einen neuen Finanzierungsansatz gewählt, um maßgeschneiderte Projekte zu entwickeln, die auch in andere Teile des Bundeslandes übertragen werden können.



Birgit Honé
*Ministerin für Bundes- und
Europaangelegenheiten und regionale
Entwicklung im deutschen Bundesland
Niedersachsen*

Durch die Zusammenarbeit lokaler Akteure sollen die Projekte dauerhafte Strukturen schaffen. Drei Stellen für soziale Innovation unterstützen die Antragsteller bei der Projektentwicklung und bieten außerdem die Möglichkeit, länderübergreifende Zusammenarbeit oder einen europaweiten Erfahrungsaustausch zu organisieren.

Die Finanzmittel werden einerseits für Projekte bereitgestellt, die Unterstützung in der Anpassung an Veränderungen in der Arbeitswelt leisten und andererseits für Projekte, die den Zugang zu Sozial- und Gesundheitsdiensten verbessern.

Die bisher finanzierten 40 Projekte sind in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Mobilität und Telemedizin sowie Überwindung sprachlicher Barrieren und Flüchtlingsprojekte angesiedelt. Weitere 15 bis 20 Projekte werden im Jahr 2020 gestartet.

Niedersachsen hat mit der Richtlinie „Soziale Innovation“ ein Experiment ins Leben gerufen. Es besteht kein Mangel an Ideen, wie lokale Herausforderungen in den Regionen bewältigt werden können. Allerdings sind die richtigen Rahmenbedingungen erforderlich, um eine flexiblere, einfachere Förderung zu ermöglichen, die dazu beiträgt, dass Projekte neue Ansätze anwenden.

Die Richtlinie wurde vor Ort mit großem Interesse angenommen und zahlreiche neue Ansätze wurden getestet, wodurch neue Netzwerke und gemeinsame Anstrengungen entstanden sind.

Im voraussichtlichen ESF+ für den Programmplanungszeitraum 2021-2027 wurde sozialen Innovationen eine höhere Priorität eingeräumt. Selbst wenn abschließend noch ein spezifisches Format gefunden werden muss, kann aufgrund des Einblicks in vorherige Gesetzgebungsvorschläge davon ausgegangen werden, dass Niedersachsen weiterhin die Gelegenheit haben wird, Projekte für soziale Innovation in partizipativen Verfahren zu entwickeln und zu fördern. ■

NACHRICHTEN [IN KÜRZE]



Daten belegen, dass die Kohäsionspolitik den Klimawandel bekämpft

Die Europäische Kommission hat sich verpflichtet, Klimaschutzmaßnahmen mit mindestens 20% aus dem Mehrjährigen Finanzrahmen für 2014-2020 zu unterstützen, um die vereinbarten Klima- und Energieziele der EU bis 2020 zu erreichen. Diese politische Verpflichtung ist ein Bestandteil einer umfassenderen Anstrengung, Klimaschutzmaßnahmen zu etablieren und einen Beitrag zu den Bemühungen zur Abschwächung des Klimawandels und zur Anpassung unserer natürlichen und vom Menschen aufgebauten Umgebung und Wirtschaft an die erwarteten Folgen zu leisten. Es wurde erkannt, dass EFRE und Kohäsionsfonds aufgrund ihrer Ziele und Anwendungsbereiche wichtige Zahlungsmittel für das übergeordnet verfolgte EU-Ziel sind. Aus diesen Fonds wird im Zeitraum 2014-2020 ein Gesamtbetrag in Höhe von 54,8 Mrd. EUR investiert. Es ist nun möglich, die Fortschritte im Einsatz der geplanten Investitionen dank offener Daten im Detail zu verfolgen.

Dieser Blog-Beitrag bietet einen Einblick in die ausführlichen Daten: <https://bit.ly/33jRQYv>

Wichtigste Leistungen der Kohäsionspolitik im Zeitraum 2014-2020

Eine neue Präsentation der <https://europa.eu/lxX99ku> ist jetzt online abrufbar. Ausgewählte Investitionsziele und die bisher erreichten Fortschritte bei der Verwirklichung dieser Ziele sind in drei Rubriken gegliedert:

- › Intelligentes Europa: Forschung und Innovation, digitale Wirtschaft, KMU;
- › Nachhaltiges Europa: CO₂-arme Wirtschaft, Umwelt und Klimapolitik, Netzwerkinfrastrukturen;
- › Inklusives Europa: Arbeitsmarkt, soziale Inklusion und Humankapital.

Der Text bezieht sich hauptsächlich auf die Zielwerte Ende 2017 (sofern nicht anders angegeben). Die zu erreichenden Ziele werden in einen größeren Zusammenhang gestellt, während die Grafiken (mit Unterstützung durch [#ESIFOpenData](#)) im Dezember 2019 aktualisiert werden.

Integritätspakte gewinnen Exzellenz-Preis für offene Verwaltung

Die Initiative <https://europa.eu/lYY79fU>, die durch die Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Kommission in Zusammenarbeit mit Transparency International gefördert wird, hat den Preis des Europäischen Bürgerbeauftragten für gute Verwaltung 2019 in der Kategorie „Exzellenz in offener Verwaltung“ erhalten.

Mit dem Preis wird die „innovative Nutzung von Partnerschaften mit NRO, öffentlichen Behörden und privaten Unternehmen für ein verbessertes öffentliches Vertrauen durch Korruptionsbekämpfung“ gewürdigt. Dieser Preis stellt eine Anerkennung der Anstrengungen aller Akteure in den 17 Projekten und elf beteiligten Mitgliedstaaten dar.

Die GD REGIO hat diese Initiative im Jahr 2015 durch Auswahl der Projekte und zivilgesellschaftlichen Organisationen infolge eines Aufrufs zur Interessenbekundung gestartet. Ein **Integritätspakt** ist eine Vereinbarung zwischen einem öffentlichen Auftraggeber und Wirtschaftsteilnehmern, die sich an öffentlichen Ausschreibungen beteiligen, der besagt, dass sie auf korrupte Methoden verzichten und eine transparente Auftragsvergabe durchführen werden. Damit Rechenschaftspflicht und Legitimität gewährleistet werden, umfasst der Pakt eine gesonderte Vereinbarung mit einer zivilgesellschaftlichen Organisation, die für die Überwachung der Einhaltung der Verpflichtungen aller Vertragsparteien zuständig ist.

Der Preis für gute Verwaltung würdigt, dass die Maßnahmen der öffentlichen Verwaltungen der EU einen sichtbaren und unmittelbaren positiven Einfluss auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger haben. Der Bürgerbeauftragte hat diesen Preis im Jahr 2017 eingeführt, um Exzellenz in den öffentlichen Diensten der EU und den Austausch bewährter Ideen und Verfahren zu fördern.

ALTERNATIVE FINANZIERUNG FÜR SOZIALUNTERNEHMEN IN SPANIEN UND ITALIEN

**GESAMTINVESTITION
899 070 EUR**

**BEITRAG DER EU
854 115 EUR**

Dank EU-Förderung hat eine Partnerschaft spanischer und italienischer Regionen ein neues Finanzmodell zur Ankurbelung ihrer Sozialwirtschaft geschaffen.

Heutzutage herrscht in Europa ein Mangel an Finanzmitteln für Unternehmerorganisationen, die auf gesellschaftliche Herausforderungen wie Arbeitslosigkeit, Engagement Jugendlicher, Ausgrenzung und Umweltschäden reagieren. Diese allgemein als „Sozialunternehmen“ bezeichneten Firmen machen lediglich 10% der europäischen Unternehmen und 7% der Arbeitsplätze in Europa aus.

Einer der wichtigsten Gründe für derart niedrige Investitionen besteht darin, dass Banken üblicherweise auf der Grundlage von Bilanzen und Geschäftsmodellen in Unternehmen investieren, während ökologische und kulturelle Erträge häufig unterbewertet werden. Einfach gesagt werden große Unternehmen meistens als sicherere Investition angesehen.

Das Projekt „Innovative Finanzinstrumente zur Unterstützung der Sozialwirtschaft“ (IFISE), eine Partnerschaft zwischen zwei spanischen und zwei italienischen Regionen, hat neue Finanzierungsmethoden entwickelt, um zu demonstrieren, wie Wohltätigkeitsorganisationen, Genossenschaften und andere soziale Unternehmen Kapital generieren könnten. Zur Definition aktueller hochmoderner Finanzinstrumente hat IFISE 57 Fälle in ganz Europa analysiert.

Das Projekt konzentrierte sich auf sozialwirkungsorientierte Investitionen, bei denen sowohl finanzielle als auch soziale Erträge (wird als Ansatz der „doppelten Bilanz“ beschrieben) und Crowdfunding, das kleinere Förderbeträge von einer größeren Gruppe Menschen sammelt, bewertet werden.

Um zu eruieren, welche Finanzierungsart am besten für die IFISE-Regionen geeignet sein würde, wurden im Projekt Machbarkeitsstudien für alle vier Regionen durchgeführt. In der Lombardei priorisierte die Studie die Machbarkeit von Anleihen mit sozialen Auswirkungen, während in Andalusien, dem Piemont und Valencia die Machbarkeit der Etablierung von Fonds mit sozialen Auswirkungen untersucht wurde. Beide Modelle stellten sich als vereinbar mit regionalen operationellen Mitteln wie dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) dar.

Gesellschaftliche Investitionen

Die IFISE-Ergebnisse wurden in einem Handbuch zusammengefasst, das von der Projektwebseite heruntergeladen werden kann. Dieser Leitfaden ist für Verwaltungsbehörden vorgesehen, wird aber allen helfen, die hochmoderne Finanzinstrumente einführen wollen, um soziale und ökologische Probleme zu bewältigen.

Durch die Unterstützung von internationalen Finanzinstitutionen und der Wissenschaft stellte IFISE außerdem Schulungen zu technischen und rechtlichen Aspekten der Investitionen mit sozialen Auswirkungen in den Partnerregionen bereit. Diese nützlichen Tipps und Leitlinien wurden als reproduzierbare Schulungsprogramme veröffentlicht.

Langfristig erhofft man sich von den IFISE-Finanzmodellen eine Übertragung auf andere europäische Regionen. Nach Angaben der Koordinatoren des Projekts wird dies erleichtert, falls die Gesetze zur Regelung von Sozialunternehmen in der gesamten EU harmonisiert werden. ■

MEHR DAZU

<https://www.finpiemonte.it/Ifise-project>

PROJEKTE

„SPIELE“-APP BIETET NEUE DIMENSION DER ARBEITSSUCHE

**GESAMTINVESTITION
500 000 EUR**

**BEITRAG DER EU
350 000 EUR**

Ein Projekt aus der italienischen Region Latium hat Arbeitgeber und Arbeitssuchende in einer innovativen digitalen Plattform zusammengeführt. Die mobile App „Employerland“ bietet maßgeschneiderte Spiele und Quiz, die Menschen spielen können, um einen Arbeitsplatz zu finden. KMU und große Unternehmen aus ganz Italien haben sich für diese Plattform registriert, um talentierte Bewerber anzulocken.

„Employerland“ setzt die neuesten digitalen Technologien ein, um Personalabteilungen eine neue Möglichkeit aufzuzeigen, neues Personal anzuwerben. Die App geht über traditionelle Ansätze für die Veröffentlichung von Stellenausschreibungen im Internet und in Zeitungen und das Durchlesen von Lebensläufen hinaus. Sie zielt besonders auf junge Menschen ab, die sich in ihrem Alltag besser mit der Nutzung digitaler Technologien auskennen.

Seit ihrer Markteinführung im Jahr 2014 konnten sich etwa 1 000 hochqualifizierte Bewerber über die Employerland-App, die bereits von über 100 000 Nutzern heruntergeladen wurde, Arbeitsplätze sichern. Darüber hinaus haben über 800 Unternehmen sich auf dieser Plattform registriert, darunter bekannte Arbeitgeber wie Ferrovie dello Stato Italiane, Oracle, Pirelli, Lamborghini, Luxottica, Bosch, Salini Impregilo, PwC und Nestlé.

Das Team von Employerland hat außerdem über 50 Firmenveranstaltungen sowie eine Reihe von Bewerbungstagen ausgerichtet, die über 15 000 junge Menschen angelockt haben.

Arbeitssuchende können die App auf ihr Smartphone oder Tablet herunterladen. Sie registrieren ihr Profil auf der Plattform und beginnen dann, nach maßgeschneiderten Spielen und Arbeitgebern Ausschau zu halten. Die Nutzer nehmen an virtuellen Herausforderungen teil, bei denen sie Fragen über ein bestimmtes Unternehmen beantworten, um Punkte zu sammeln und

ihre Kompetenzen zu beweisen. Als Sieger eines Spiels erhält der Spieler Kontakt zur Personalabteilung eines Unternehmens und hat gute Chancen, einen Arbeitsplatz zu erlangen.

Zudem erhalten Bewerber, die bei der Teilnahme an einem der Spiele die beste Leistung bringen, einen besonderen „Kompetenzpass“, der zu einem Bewerbungsgespräch bei einer der Veranstaltungen, an denen die Unternehmen teilnehmen, berechtigt.

Unternehmen können die Plattform nutzen, um ihr Profil auf dem Arbeitsmarkt durch Stellenanzeigen zu schärfen – entweder direkt über die App oder auf Veranstaltungen von Employerland. Das Verfahren ermöglicht Arbeitgebern, ihre Einstellungsanforderungen an ein auf ihren Bedarf zugeschnittenes Spiel oder einen Wettbewerb anzupassen. Sie können auch Markenkampagnen über die App durchführen, um Talente anzuwerben.

Talentsuche

Der maßgeschneiderte Ansatz von Employerland hilft Unternehmen, ihre Personalbeschaffungskosten zu verringern und das Auswahlverfahren effizienter zu gestalten. Dies liegt daran, dass talentierte Bewerber die Tests nur dann absolvieren, wenn sie Motivation haben, für das betreffende Unternehmen zu arbeiten. Es besteht außerdem die Möglichkeit für Arbeitgeber, die Tests und Quiz auf der Plattform zu nutzen, um sich mit ihrem vorhandenen Personal zu verbinden und es zu schulen.

Employerland kann von sich behaupten, die erste mobile App zu sein, die Personalbeschaffungsressourcen für die Anwerbung von Personen in sozialen Spielen bietet. Das Projekt wurde nach Erhalt von Unterstützung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, von der Region Latium und einem privaten Geldgeber als Start-up-Unternehmen entwickelt. Sein Erfolg hat bisher zur Schaffung von neun Arbeitsplätzen bei Employerland geführt. ■

MEHR DAZU

<https://www.employerland.it>

MUSEEN IN MITTELEUROPA BEGRÜSSEN EIN GRÖßERES PUBLIKUM

**GESAMTINVESTITION
2 579 255 EUR**

**BEITRAG DER EU
2 091 160 EUR**

Der Zugang zum Kulturerbe in Mitteleuropa wurde dank integrativer Ansätze sowie vom Interreg-Programm finanzierten Lernmaterialien verbessert.

Da es in der gesamten EU sehr viele kulturelle Attraktionen gibt, besteht kein Mangel an Orten, um Informationen über das reichhaltige europäische Erbe und Europas Geschichte zu erhalten. Leider ist es für Menschen mit Behinderungen nicht immer so einfach, diese Museen und Kunstgalerien zu genießen.

Die Bereitstellung von Aufzügen und Zugangsrampen für Besucher mit eingeschränkter Mobilität stellt nur einen Teil der Lösung dar. Viele andere Arten von Behinderung – geistige, emotionale und vorübergehende Erkrankungen – erfordern ein besseres Verständnis der Barrieren für die Zugänglichkeit.

Das Projekt COME-IN!, das durch das Interreg-Programm Mitteleuropa finanziert wird, hilft kleinen und mittelgroßen Museen in der EU, ihre Türen für ein größeres Publikum zu öffnen. Durch die Verbesserung des Zugangs und der Qualität von Lernmaterialien können jetzt mehr Menschen das Kulturerbe erleben und genießen.

Im Projekt wurden nützliche Leitlinien und Schulungsmaterialien für Museen erarbeitet und ein neues Label ins Leben gerufen, das Museen verliehen wird, die neue, verbesserte Barrierefreiheitsstandards erfüllen.

Die COME-IN!-Koalition aus 14 Organisationen umfasst Museen aus Deutschland, Italien, Kroatien, Österreich, Polen und Slowenien. Ihr Netzwerk aus Wissenschaftlern, Bildungseinrichtungen und politischen Entscheidungsträgern war bemüht, Menschen mit Behinderungen einzubeziehen, um ein besseres Verständnis zu erlangen, welche Hindernisse gegen-

wärtig ihre Freude am Kulturerbe einschränken. In der Folge wurden Behindertenverbände und öffentliche Einrichtungen konsultiert, bevor die Pilotprogramme des Projekts in allen teilnehmenden Regionen umgesetzt wurden.

Politik der offenen Tür

COME-IN! entwickelte ein Paket aus gemeinsamen Leitlinien, die von Kulturerbestätten genutzt werden können, um allen Besucherinnen und Besuchern Barrierefreiheit zu garantieren. Von der Webseite von COME-IN! kann ein Schulungshandbuch heruntergeladen werden, das Museumsbetreibern bei der Umsetzung dieser hohen Standards hilft.

Das COME-IN!-Label wurde unter Berücksichtigung der durch die Partner im Projekt gesammelten Erfahrungen eingeführt, um Museen zu würdigen, die ihre Leitlinien erfüllen. Es gibt zwar ähnliche Labels, die auf lokaler und nationaler Ebene genutzt werden, doch hierbei handelt es sich um die erste Kennzeichnung, bei der alle Behinderungen Berücksichtigung finden. Das Label wird länderübergreifend gefördert, sodass Museen außerhalb Mitteleuropas sich ebenfalls dafür bewerben können.

Das ursprünglich nur für Museen vorgesehene Label wurde nun auf Anträge von anderen kulturellen Sehenswürdigkeiten und Veranstaltungen ausgeweitet, die Barrierefreiheit ganz oben auf der Tagesordnung führen. ■

MEHR DAZU
<https://bit.ly/2LX7N0X>

TERMINE

14.-15. NOVEMBER

Brüssel (BE)

SMART REGIONS-Konferenz 3.0: Wandel durch intelligente Spezialisierung

28.-29. NOVEMBER

Mailand (IT)

3. Jährliches Forum der EU-Strategie für den Alpenraum

30.-31. JANUAR 2020

Porto (PT)

Städteforum 2020

RECHTLICHER HINWEIS

Weder die Europäische Kommission noch eine im Namen der Europäischen Kommission handelnde Person übernehmen Haftung für die Verwendung der nachfolgenden Informationen.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2019

Druck: 1608-3881 KN-LR-19-070-DE-C
PDF: 1725-8294 KN-LR-19-070-DE-N

© Europäische Union, 2019

Weiterverwendung mit Quellenangabe gestattet.

Die Weiterverwendungspolitik der Dokumente der Europäischen Kommission ist durch den Beschluss 2011/833/EU (ABL L 330 vom 14.12.2011, S. 39) geregelt.

Für die Benutzung oder den Nachdruck von Fotos oder sonstigen Materialien, die nicht dem Urheberrecht der Europäischen Union unterliegen, muss eine Genehmigung direkt bei den Inhabern des Urheberrechts eingeholt werden.

Printed by Bietlot in Belgium

Dieses Magazin ist in gedruckter Form auf Recycling-Papier in bulgarischer, deutscher, englischer, französischer, griechischer, italienischer, polnischer, rumänischer und spanischer verfügbar. Online-Fassungen sind in 22 Sprachen abrufbar unter: http://ec.europa.eu/regional_policy/de/information/publications/panorama-magazine/

Diese Ausgabe wurde im Oktober 2019 fertiggestellt.

FOTOS (SEITEN):

Titelbild: © iStock/olgagorovenko
Seite 3: © Europäische Union
Seite 13: © Energiewaben GR; Librarium; © Connect Innovation;
© Stockholm stad
Seite 14: © CobBauge; © Franziska Drasdo;
© Ecomare; © Foto; © Ecomare
Seite 15: © iStock/AlexRaths; © EUMINT; © WISE-Projekt;
© iStock/SeregaYu; © iStock/AlquisNJ
Seite 16: © Climate Alliance; © CityWalk;
© iStock/balticboy; © WTCB
Seite 17: © Orsi Academy; © iStock/Chinnapong; © CAWT;
© Oulu Sote Labs; © iStock/SDI productions

Seite 20: © iStock/ipopba
Seite 22: © iStock/Photographer CW
Seite 24: © Dänischer Ausschuss für Unternehmensförderung
Seite 27: © iStock/Yuri_Arcurs; © iStock/jhorrocks
Seite 28: © iStock/J2R
Seite 29: © iStock/TommL
Seite 30: © iStock/Luis Fonseca
Seite 31: © CCDR Algarve
Seite 32: © iStock/badahos
Seite 34: © Francesca Fumagalli
Seite 35: © iStock/Solstock
Seite 36: © Orquestra Geração

Seite 37: © CC BY-SA 4.0/ Joseolgon (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>); © Inês Pinto da Costa
Seite 40: © Europäische Union
Seite 42: © iStock/hepatus
Seite 45: © Europäische Union
Seite 46: © Niedersächsische Landesregierung, Deutschland
Seite 47: © iStock/Ian Dyball
Seite 48: © iStock/busracavus
Seite 49: © iStock/xavierainau
Seite 50: © Luca Laureati

BLEIBEN SIE IN VERBINDUNG



ec.europa.eu/regional_policy
cohesiondata.ec.europa.eu



[@EUinmyRegion](https://twitter.com/EUinmyRegion)



[EUinmyRegion](https://www.facebook.com/EUinmyRegion)



[flickr.com/euregional](https://www.flickr.com/euregional)



[EUinmyRegion](https://www.youtube.com/EUinmyRegion)



[euinmyregion](https://www.instagram.com/euinmyregion)



ec.europa.eu/commission/2014-2019/hahn_de
[@JHahnEU](https://twitter.com/JHahnEU)



Amt für Veröffentlichungen
der Europäischen Union

Europäische Kommission
Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung
Kommunikation – Agnès Monfret
Avenue de Beaulieu/Beaulieulaan 1 – B-1160 Bruxelles/Brussel
E-Mail: regio-panorama@ec.europa.eu